

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 27. Juni 1927
11. Jahrg. Nummer 14

Verlag: in der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Preis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 3,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,00 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Wagnispreis: Die gebundene Ausgabe des Monatsheftes 12 Pf., Vereins- und Versammlungsbelegungen 6 Pf., Kassenheft 10 Pf. Die dreigespaltenen Mitteilungen über den Kampf im Text 10 Pf. — Inhalt der Inseraten-Kunstmotive in der Haupt-Exposition 10 Pf.; in den Filial-Expositionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 20, Tel. 200 00.
Verlagsleitung: Breslau 244, Reibitzstr. 10, Tel. 200 00.
Strasse 50, Tel. 200 02. Geschäftsstelle der Redaktion von 12-18 Uhr.
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Gleitwitz, Poststr. 20, Tel. 4088; Oppeln, Wallstr. 11, Tel. 1884;
Görlitz, Rühlstr. 8, Telefon 2884. Geschäftsstelle von 9-12 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schö. Verlagsgesellschaft
m.B.H. Breslau. — Druck: „Reubag“ Berlin. Fil. Breslau, Kreuzstr. 20.

Vor dem Wiffell-Diktat!

Verhandlungen über den Textilspruch gescheitert / Kommunistischer Antrag im Landtag auf Unterstützung der Ausgesperrten dem Ausschuss überwiesen / Aufruf der revolutionären Opposition

Die im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Döbberlein am Montag geführten Verhandlungen über den für die schlesischen Textilarbeiter gefällten Hungerspruch, haben keine Einigung gebracht, da die Textilbarone immer noch zum Schein behaupten, daß der Schiedspruch nicht voll ihren Wünschen entspricht. Der Reichsarbeitsminister wird nunmehr zu dem Antrag der Gewerkschaftsbürokraten auf Verbindlichkeitsklärung Stellung nehmen.

Berlin, 26. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Landtages kam u. a. der kommunistische Antrag zur Beratung, der eine Unterstützung an die ausgesperrten Textilarbeiter, rückwirkend ab 25. Mai, fordert. Der Antrag wurde durch den Genossen **Wollweber** begründet und wurde dem Ausschuss überwiesen! (Ein Verhandlungsbericht liegt bis zur Stunde noch nicht vor, wir kommen auf die Antragsbehandlung noch zurück.)

Berlin, 26. Juni.

Arbeiter, kämpft trotz Verbindlichkeits- erklärung für eure Forderungen!

Die Funktionäre der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Bezirk Schlesien haben in einer Ende vergangener Woche stattgefundenen Konferenz beschlossen, folgenden Aufruf an alle Textilarbeiter herauszugeben, der den kämpfenden Proleten den Weg zeigt, den sie zu gehen haben:

Kolleginnen und Kollegen!

Das Schlichtungsbitakt ist da, gefällt von den Vertretern der Gewerkschaftsbürokratie. Die Verbindlichkeitsklärung kehrt vor der Tür. Mit Hungerpennungen abgeseift, sollen wir zu neuer verschärfter Ausbeutung in die Betriebe zurückgejagt werden.

Was die Opposition zu Beginn und immer wieder im Verlauf des Kampfes über die Rolle und die Absichten der Gewerkschaftsbürokratie aller Farben gesagt hat, ist mit nüchterner Genauigkeit eingetroffen. Gemäß ihrer Rolle im Staat und ihrer Verwahrheitung mit dem kapitalistischen Staat führen die Gewerkschaftsbürokraten mit aller Brutalität den Verrat an der schlesischen Textilarbeiterschaft durch und arbeiten mit allen demagogischen Mitteln daran, uns erneut dem Hungerleiden bei gemeinster Ausbeutung im Betrieb anzuliefern.

Den Hungerschiedspruch, der von den Vertretern der kapitalistischen Bürokratie Arm in Arm mit dem schlesischen Hungerbitaktor, dem Sozialdemokraten **Wiffell**, gefällt wurde, erklärt diese Sorte „Arbeitervertreter“ als den „besten Schiedspruch“. Um ihn schmählicher zu machen, lügen sie bewußt, daß selbst Kommunisten dafür gestimmt hätten. Die „Kommunisten“, von denen sie sprechen, sind längst in ihrem eigenen Lager und haben mit der kommunistischen Partei seit langem nichts mehr zu tun. Aber man muß mit Gemeinheit, Lügen und Verleumdungen gegen die revolutionäre Opposition ins Feld ziehen, um die kämpfende Textilarbeiterschaft zu verwirren.

Kollegen und Kolleginnen, duldet nicht länger diese schändlichen Verräterpraktiken der Gewerkschaftsbürokraten aller Farben. Die heute in Königsplatz versammelten Funktionäre der revolutionären Opposition im DVB, aus allen Teilen Schlesiens, die in geschlossener Einmütigkeit mit Unterstützung diesen Schand-Schiedspruch ablehnen, rufen euch zu:

Schluß mit dem Verrat!

Lehnt das Hungerdiktat ab!

Lehnt aber auch ab die Führung derer, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht haben, die Interessen der Arbeiterschaft mit den Fäulen zu treten.

Nehmt sofort in allen Streikversammlungen Stellung! Klar und eindeutig beweist euch der bereits durch die Gewerkschaftsbürokratie perfekt gemachte Verrat, daß diese Gewerkschaftsbürokraten und ihre Betreuer nicht die Führer des Kampfes der Textilarbeiterschaft gegen ihre Ausbeuter sein können.

Besinnt euch auf eure eigene Kraft! Gewinnt den Glauben an eure eigene Stärke zurück! Wählt euch aus den besten revolutionären Kolleginnen und Kollegen eigene Kampfleitungen, die die Gewähr für die Durchführung des Kampfes für eure Forderungen bieten.

Die Gewerkschaftsbürokraten erklärten zu Beginn des Kampfes, daß sie „mit dem Einsatz all ihrer Kräfte so lange kämpfen werden, bis die aufgestellten Forderungen erreicht sind“. Nun nehmen sie beim Wort, kämpfen für die aufgestellten Forderungen bis zu ihrer Erreichung! Nieder mit dem Schlichtungsbitakt! — Nieder mit den Verrätern an der kämpfenden Textilarbeiterschaft!

Es lebe die einheitlich geschlossene Front der schlesischen Textilarbeiterschaft!

Es lebe der rücksichtslose Kampf der Textilarbeiter unter eigener Führung bis zur Erreichung der aufgestellten Forderungen!

Die Funktionäre
der Opposition im DVB. Schlesiens

Krieg ist notwendig als Preis unseres Wohlstandes

Der amerikanische bürgerliche Journalist **Jean Toomer** veröffentlicht in der bürgerlichen französischen Presse Artikel über die Stimmung der amerikanischen Bourgeoisie und erklärt dazu u. a.:

„Es sieht aus, als ob die Mehrheit der Amerikaner einen neuen Krieg wünschten. Wir werden keine fünf Dollar auf das Spiel setzen, um mitzuhelfen, einen neuen Krieg zu verhindern. (1) Wir produzieren zu viel. Die Ueberproduktion, begleitet von der Ueberkapitalisation, bedingt notwendigerweise das Suchen nach neuen Absatzmärkten im Auslande, und die Konkurrenz um diese Absatzmärkte bringt notwendigerweise den Krieg unter den einzelnen Nationen mit sich. Die Ueberproduktion aber ist ein inniger Bestandteil unseres Wohlstandes. Wir brauchen aber diesen Wohlstand um jeden Preis!“

Die amerikanischen Millionäre und Milliardäre geben „keine fünf Dollar“, um den Krieg zu verhindern, aber sie pressen Milliarden aus der amerikanischen Arbeiterschaft zu den stärksten Kriegsrüstungen. Und wie in Amerika so in allen kapitalistischen Ländern. Mit seltener Offenheit und Brutalität spricht der bürgerliche Journalist **Toomer** die Tatsache aus, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem immer wieder neue Kriege hervorbringt, um den Wohlstand der besitzenden Klasse zu sichern. Und die sozialdemokratischen Führer aller Länder sehen es als ihre heilige Aufgabe an, das Proletariat mit Völkerverbundskomitees und Friedensgeschwäsel über die imperialistischen Kriegsrüstungen und Kriegsgelüste Irrezuführen und von revolutionären Kampfmaßnahmen abzulenken. Jeder Klassenbewußte Arbeiter setzt sich mit ganzer Kraft ein für die ant imperialistischen Kriegsdemonstrationen, für den

Massenaufmarsch am 1. August

Sieberhafte Bürgerkriegsvorbereitung der österreichischen Heimwehr

Rappist Pabst als Organisator — Regierung und Industrie im Bunde

Der Abend-„Vorwärts“ gibt einen Ueberblick über die sieberhaften Bürgerkriegsvorbereitungen der österreichischen Heimwehren. Er gibt ein Bild von dem engen Zusammenhang zwischen dem Heimwehrtaschismus und der Regierung **Seipel**, das er dem Grazer „Arbeiterwille“ und der Wiener „Arbeiterzeitung“ entnimmt. Er schildert zuerst die großzügige Finanzierung der Heimwehren auf dem Wege durch die Banken, Industrie und Großgrundbesitzer. Allein der österreichische **Industrieverband** hat kurz nach dem 15. Juli 1927 der steirischen Heimwehr einen Betrag von 55 000 Schilling, das sind über 35 000 Mark, als außerordentlichen Anreizungsbeitrag bewilligt. Daneben laufen monatliche Subventionierungen durch den Industrieverband. Natürlich ließ sich der österreichische Industrieverband diese Subventionierungen auch etwas kosten, und man benutzte die Heimwehrebewegung zur Förderung und Ausbreitung des Betriebsfaschismus, besonders in Oberösterreich, der größten österreichischen Unternehmung der Alpen Montangesellschaft. Weiter berichtet der Abend-„Vorwärts“, daß der Heimwehraufmarsch in Wien-Kennstadt am 7. Oktober 1928 von der Regierung selbst gewünscht wurde. Welche Rolle auch der deutsche Faschismus in der österreichischen Heimwehrebewegung spielt, geht daraus hervor, daß der Faschist, **Sauptmann Pabst**, der wegen Fememord es für ratsam hielt, das deutsche Reichsgebiet zu verlassen, dort eine führende Rolle spielt, als Verbindungsmann zwischen dem deutschen und dem österreichischen Faschismus. Weiter berichtet der „Abend“ von den **Gasaffektionen der Heimwehren**. So haben die steirischen Heimwehren wiederholt Übungen abgehalten,

bei denen die Mannschaften im Gebrauch von Gasgranaten, Gasspritzen, Brandgranaten und Nebeldüpfen unterwiesen wurden. Ja, das Bergasen ganzer Straßen, und Maschinengewehrstellungen, das Räumen von Straßen durch Vernebelung und ähnlichen Dingen mehr, sind von der steirischen Heimwehr des öfteren erprobt worden.

Die ganzen Rüstungsentwürfe in der österreichischen sozialdemokratischen Presse, die der „Vorwärts“ wiedergibt, sind keineswegs ein Geheimnis gewesen. Die österreichische Sozialdemokratie ist seit Jahren über diese Dinge informiert, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Ist es doch die österreichische Sozialdemokratie gewesen, die kurz vor dem 15. Juli das Wiener Waffenarsenal, das in den Händen des Republikanischen Schutzbundes und der sozialdemokratischen Führer sich befand, der Regierung **Seipel** ausgeliefert hat, die ihrerseits die Waffen weiter den Heimwehren übermittelte. Statt den Abwehrwillen des Proletariats gegen den österreichischen Faschismus zu stärken, hat die Führerschaft der österreichischen Sozialdemokratie, sowohl **Seipel**, wie auch den jetzigen Kanzler **Streuss**, nicht stehentlich gebeten, alle Aufmärsche, auch die proletarischen, zu verbieten. Aber weder **Seipel** noch **Streuss** tut der **SD** diesen Gefallen. Im Gegenteil. Sie benutzen die faschistischen Heimwehren, um von der Sozialdemokratie immer neue Zugeständnisse zu erlangen. Es ist typisch, daß weder der „Vorwärts“, noch die österreichischen Zeitungen es wagten, irgendwelche konkreten Kampfmaßnahmen gegen den österreichischen Faschismus in die Wege zu leiten.

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 27. Juni 1927
11. Jahrg. Nummer 14

Verl. im Adlig mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,00 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,00 RM., unter Streifen 2,00 RM. Einzelnummer 10 Pf. Bezugspreis: Die gedruckten Millimeterzeilen oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Bezugspreisangelegenheiten 6 Pf., Neillamerspreis: Die gedruckten Millimeterzeilen oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der A.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krasnapolska-Str. 20, Tel. 800 00.
Verlagsredaktion: Breslau 544, Krasnapolska-Str. 20, Tel. 120 02.
Druckerei: Breslau 10, Krasnapolska-Str. 20, Tel. 120 02.
Verlag: Breslau 10, Krasnapolska-Str. 20, Tel. 120 02.
Verlag: Breslau 10, Krasnapolska-Str. 20, Tel. 120 02.

Vor dem Wiffell-Dittat!

Verhandlungen über den Textilsbruch gescheitert / Kommuniktischer Antrag im Landtag auf Unterstützung der Ausgesperrten dem Ausschuss überwiesen / Aufruf der revolutionären Opposition

Die im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Döbberstein am Montag geführten Nachverhandlungen über den für die schlesischen Textilarbeiter gestellten Hungeranspruch, haben keine Einigung gebracht, da die Textilbarone immer noch zum Schein behaupten, daß der Schlichtungsanspruch nicht voll ihren Wünschen entspricht. Der Reichsarbeitsminister wird nunmehr zu dem Antrag der Gewerkschaftsbürokraten auf Verbindlichkeitsklärung Stellung nehmen.

Breslau, 26. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Landtages kam u. a. der kommuniktische Antrag zur Beratung, der eine Unterstützung an die ausgesperrten Textilarbeiter, rückwirkend ab 25. Mai, fordert. Der Antrag wurde durch den Genossen Wollweber bekommen und wurde dem Ausschuss überwiesen. (Ein Verhandlungsbericht liegt bis zur Stunde noch nicht vor, wir kommen auf die Antragsbehandlung noch zurück.)

Breslau, 26. Juni.

Krieg ist notwendig . . . als Preis unseres Wohlstandes

Der amerikanische bürgerliche Journalist Jean Zoemer veröffentlicht in der bürgerlichen französischen Presse Artikel über die Stimmung der amerikanischen Bourgeoisie und erklärt dazu u. a.:

„Es sieht aus, als ob die Mehrheit der Amerikaner einen neuen Krieg wünschten. Wir werden keine fünf Dollar auf das Spiel setzen, um mitzuhalten, einen neuen Krieg zu verhindern. (1) Wir produzieren zu viel. Die Ueberproduktion, begleitet von der Ueberkapitalisation, bedingt notwendigerweise das Suchen nach neuen Absatzmärkten im Ausland, und die Konkurrenz um diese Absatzmärkte bringt notwendigerweise den Krieg unter den einzelnen Nationen mit sich. Die Ueberproduktion aber ist ein inniger Bestandteil unseres Wohlstandes. Wir brauchen aber diesen Wohlstand um jeden Preis!“

Die amerikanischen Millionäre und Milliardäre geben „fünf Dollar“, um den Krieg zu verhindern, aber sie pressen Milliarden aus der amerikanischen Arbeiterschaft zu den stärksten Kriegsrüstungen. Und wie in Amerika so in allen kapitalistischen Ländern. Mit seltener Offenheit und Brutalität spricht der bürgerliche Journalist Zoemer die Tatsache aus, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem immer wieder neue Kriege hervorbringt, um den Wohlstand der besitzenden Klasse zu sichern. Und die sozialdemokratischen Führer aller Länder sehen es als ihre heilige Aufgabe an, das Proletariat mit Völkerbundskanonen und Friedensgeschwafel über die imperialistischen Kriegsrüstungen und Kriegesgelüste irrezuführen und von revolutionären Kampfmaßnahmen abzulenken. Jeder Klassenbewusste Arbeiter setzt sich mit ganzer Kraft ein für die ant imperialistischen Kriegsdemonstrationen, für den

Arbeiter, kämpft trotz Verbindlichkeits-erklärung für eure Forderungen!

Die Funktionäre der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Bezirk Schlesien haben in einer Ende vergangener Woche stattgefundenen Konferenz beschlossen, folgenden Aufruf an alle Textilarbeiter herauszugeben, der den kämpfenden Proleten den Weg zeigt, den sie zu gehen haben:

Kolleginnen und Kollegen!

Das Schlichtungsdiktat ist da, gefällt von den Vertretern der Gewerkschaftsbürokratie. Die Verbindlichkeitsklärung steht vor der Tür. Mit Hungerpreisen abgepreist, sollen wir zu neuer verschärfter Ausbeutung in die Betriebe zurückgejagt werden.

Was die Opposition zu Beginn und immer wieder im Verlauf des Kampfes über die Rolle und die Absichten der Gewerkschaftsbürokratie aller Farben gesagt hat, ist mit nüchterner Genauigkeit eingetroffen. Gemäß ihrer Rolle im Staat und ihrer Verantwortung mit dem kapitalistischen Staat führen die Gewerkschaftsbürokraten mit aller Brutalität den Verrat an der schlesischen Textilarbeitererschaft durch und arbeiten mit allen demagogischen Mitteln daran, uns erneut dem Hungerelend beigemischter Ausbeutung im Betrieb anzuliefern.

Den Hungerstreik, der von den Vertretern der kapitalistischen Bürokratie Arm in Arm mit dem schlesischen Hungerdiktator, dem Sozialdemokraten Philipp, geführt wurde, erklärt diese Sorte „Arbeitervertreter“ als den „heiligen Schlichtungsanspruch“. Um ihn schmählicher zu machen, lügen sie bewußt, daß selbst Kommunisten dafür gestimmt hätten. Die „Kommunisten“, von denen sie sprechen, sind längst in ihrem eigenen Lager und haben mit der kommunistischen Partei seit langem nichts mehr zu tun. Aber man muß mit Gemeinheit, Lügen und Verleumdungen gegen die revolutionäre Opposition ins Feld ziehen, um die kämpfende Textilarbeitererschaft zu verwirren.

Kollegen und Kolleginnen, duldet nicht länger diese schändlichen Verräterpraktiken der Gewerkschaftsbürokraten aller Farben. Die heute in Königsfeldt versammelten Funktionäre der revolutionären Opposition im D.S. aus allen Teilen Schlesiens, die in geschlossener Einmütigkeit und mit Entrüstung diesen Schand-Schlichtungsanspruch ablehnen, rufen euch zu:

- Schluß mit dem Verrat!
- Rehnt das Hungerdiktat ab!
- Rehnt aber auch ab die Führung derer, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht haben, die Interessen der Arbeiterschaft mit den Fäulen zu treten.
- Rehnt sofort in allen Streikversammlungen Stellung! Klar und eindeutig beweist euch der bereits durch die Gewerkschaftsbürokratie perfekt gemachte Verrat, daß diese Gewerkschaftsbürokraten und ihre Vertreter nicht die Führer des Kampfes der Textilarbeitererschaft gegen ihre Ausbeuter sein können.
- Besinnt euch auf eure eigene Kraft! Gewinnt den Glauben an eure eigene Stärke zurück! Wählt euch aus den besten revolutionären Kolleginnen und Kollegen eigene Kampfleitungen, die die Gewähr für die Durchführung des Kampfes für eure Forderungen bieten.

Die Gewerkschaftsbürokraten erklären zu Beginn des Kampfes, daß sie „mit dem Einsatz all ihrer Kräfte so lange kämpfen werden, bis die aufgestellten Forderungen erreicht sind“. Nun nehmt sie beim Wort, kämpft für die aufgestellten Forderungen bis zu ihrer Erreichung! Nieder mit dem Schlichtungsdiktat! — Nieder mit den Verrätern an der kämpfenden Textilarbeitererschaft!

Es lebe die einheitlich geschlossene Front der schlesischen Textilarbeitererschaft!

Es lebe der rücksichtslose Kampf der Textilarbeiter unter eigener Führung bis zur Erreichung der aufgestellten Forderungen!

Die Funktionäre
der Opposition im D.S. Schlesien

Massenaufmarsch am 1. August

Sieberhafte Bürgerkriegsvorbereitung der österreichischen Heimwehr

Kaputt Pabst als Organisator — Regierung und Industrie im Bunde

Der Abend-„Vorwärts“ gibt einen Ueberblick über die sieberhaften Bürgerkriegsvorbereitungen der österreichischen Heimwehren. Er gibt ein Bild von dem engen Zusammenhang zwischen dem Heimwehrtaschismus und der Regierung Seipel, das er dem Grazer „Arbeiterwille“ und der Wiener „Arbeiterzeitung“ entnimmt. Er schildert zuerst die großzügige Finanzierung der Heimwehren auf dem Wege durch die Banken, Industrie und Großgrundbesitzer. Allein der österreichische Industrieverband hat kurz nach dem 15. Juli 1927 der steierischen Heimwehr einen Betrag von 55 000 Schilling, das sind über 35 000 Mark, als außerordentlichen Anrüstungsbeitrag bewilligt. Daneben laufen monatliche Subventionierungen durch den Industrieverband. Natürlich ließ sich der österreichische Industrieverband diese Subventionierungen auch etwas kosten, und man benutzte die Heimwehrebewegung zur Förderung und Ausbreitung des Betriebsfaschismus, besonders in Oberkärnten, der größten österreichischen Unternehmung der Alpen Montanengesellschaft. Weiter berichtet der Abend-„Vorwärts“, daß der Heimwehraufmarsch in Wien-Neubau am 7. Oktober 1928 von der Regierung selbst gewünscht wurde. Welche Rolle auch der deutsche Faschismus in der österreichischen Heimwehrebewegung spielt, geht daraus hervor, daß der Faschist, Hauptmann Pabst, der wegen Fememord es für ratsam hielt, das deutsche Reichsgebiet zu verlassen, dort eine führende Rolle spielt, als Verbindungsmann zwischen dem deutschen und dem österreichischen Faschismus. Weiter berichtet der „Abend“ von den Gasgiftübungen der Heimwehren. So haben die steierischen Heimwehren wiederholt Übungen abgehalten,

bei denen die Mannschaften im Gebrauch von Gasgranaten, Gasprühen, Brandgranaten und Nebelköpfen unterwiesen wurden. Ja, das Vergasen ganzer Straßen, und Maschinengewehrstellungen, das Räumen von Straßen durch Vernebelung und ähnlichen Dingen mehr, sind von der steierischen Heimwehr des öfteren erprobt worden.

Die ganzen Rüstungsenthüllungen in der österreichischen sozialdemokratischen Presse, die der „Vorwärts“ wiedergibt, sind keineswegs ein Geheimnis gewesen. Die österreichische Sozialdemokratie ist seit Jahren über diese Dinge informiert, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Ist es doch die österreichische Sozialdemokratie gewesen, die kurz vor dem 15. Juli das Wiener Waffenarsenal, das in den Händen des republikanischen Schutzbundes und der sozialdemokratischen Führer sich befand, der Regierung Seipel ausgeliefert hat, die ihrerseits die Waffen weiter den Heimwehren übermittelte. Statt den Abwehrwillen des Proletariats gegen den österreichischen Faschismus zu stärken, hat die Führung der österreichischen Sozialdemokratie, sowohl Seipel, wie auch den jetzigen Kanzler Streyn, sich wesentlich gebeten, alle Aufmärsche, auch die proletarischen, zu verbieten. Aber weder Seipel noch Streyn tut der SPD. diesen Gefallen. Im Gegenteil: Sie benutzen die faschistischen Heimwehren, um von der Sozialdemokratie immer neue Zugeständnisse zu erlangen. Es ist typisch, daß weder der „Vorwärts“, noch die österreichischen Zeitungen es wagen, irgendwelche konkreten Kampfmaßnahmen gegen den österreichischen Faschismus in die Wege zu leiten.

Kommunistische Ortsverwaltung im DMB. Halle

Einheitsfront der SPD, Brandleristen und Versöhnler geschlagen

Am Sonntag fand in Halle die Wahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, bei der die revolutionäre Spitze mit 114 gegen 103 Stimmen gewählt wurde. Damit hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition einen klaren Sieg über die Einheitsfront der Reformisten mit den rechten Renegaten und den Versöhnern erzielt.

Kommunisten gegen Fürstentum und Republikubugelei

Berlin, 26. Juni. (Eigener Bericht.) In der gestrigen Reichstags-Sitzung verteidigte Genosse Maslowitz bei der zweiten Beratung des Sperrgesetzes über ältere staatliche Renten die Rentenfassung der Nachkommen der Fürstentumskinder aus Mitteln der Republik auf. In der Abstimmung wurde das Sperrgesetz mit Inaapper Mehrheit angenommen. Es folgte nunmehr die dritte Beratung der Vorlage des sogenannten Republikubugelei. Auch zu dieser Vorlage sprach Genosse Maslowitz. Er wies auf die Verbote der kommunistischen Presse und die Verhaftung der Genossen Pirsch und Gampel (Stang) hin, und stellte demgegenüber fest, daß der Inhaber des Stahlhelmmunitionslagers in Pöhlendorfer lediglich eine Vorladung zur Vernehmung ins Haus geschickt erhielt. Das Charakteristischem Sinn des Republikubugelei. Alle Unterdrückungsmaßnahmen gegen Kommunisten und Rote Frontkämpfer erfolgen, damit alle Kriegshelden ruhig aufmarschieren können. Aber alle Unterdrückungsmaßnahmen werden das Gegenteil von dem erreichen, was die Sozialisten erhoffen. (Lebhafte Beifall.)

Die Abstimmung über das Republikubugelei wurde auf Donnerstags vertagt.

Auf der Tagesordnung stand ferner die Beratung über einen Anträgenantrag auf Erhöhung der Schuhschäler. Genosse Börner brandmarkte das neue Postament der Müller-Regierung als Ausplünderung der Verbraucher.

Abg. Simon (Soj.) ist mit seiner Rede in drei Minuten fertig. Sein Wort gegen den Postament, sondern eine bunte polemische Bemerkung gegenüber dem Genossen Börner ist der Rede kurzer Sinn.

Nach einer kurzen Bemerkung des Nationalsozialisten Feder ist die Beratung schon beendet. Bei der Abstimmung wird das Gesetz, das in verschiedenen Kapiteln abgestimmt wird, in fast allen seinen Teilen von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen angenommen.

In der Mittwochssitzung folgen die entscheidenden Beratungen über die Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Genosse Mahn-Neufeldt gestorben

Kurz vor Redaktionsschluss wird uns das Ableben des Genossen Alfred Mahn, Neufeldt, mitgeteilt. Die Beerdigung findet am Donnerstag, um 14 Uhr, von der Leichenhalle des Bräderklosters aus statt. Die Arbeiter werden zur zahlreichsten Beteiligung aufgefordert.

Der Brudermordprozess Manasse Friedländer vor Gericht

Berlin, 25. Juni. Unter außerordentlich starkem Andrang von Publikum und Presse begann der Prozess gegen den 18 Jahre alten Manasse Friedländer. Er wird beschuldigt, am 23. Januar dieses Jahres seinen Bruder Waldemar und dessen Freund Libor Föls durch drei Revolvergeschosse getötet zu haben. Als Verteidiger steht dem Angeklagten der aus dem Jankowski-Prozess bekannte Rechtsanwalt Dr. Brandt zur Seite. Vater und Mutter des Angeklagten die Schwester Rosa und der Bruder Kurt sind als Zeugen geladen. Ferner ist erschienen der Vater des getöteten Föls. Manasse Friedländer ist geboren am 24. März 1910 in Leningrad. Im Jahre 1922 wanderte sein Vater von einem Gut an der finnischen Grenze nach Deutschland ein. Zwischen den Brüdern Manasse und Waldemar herrschte immer ein gespanntes Verhältnis. Waldemar war dem

Schlichtschiedspruch für die niederschlesischen Metallarbeiter

Arbeiter, lehnt einstimmig ab und organisiert den Kampf für eure Forderungen!

Weslau, 26. Juni.

Seitern 1885 die für die niederschlesische Metallindustrie gebildete Schlichterkammer folgenden Schlichtspruch:

„Am 1. Juli 1929 soll allgemein eine Zulage gewährt werden, die in der Spitze 2 Pfg. beträgt und nicht allforderungsfähig ist. Bis 20. Dezember 1929 soll für die Zellschneider eine weitere Zulage von 2 Pfg. in der Spitze gewährt werden. Die bisherigen tariflichen Leistungszulagen werden in absoluter Höhe weitergezahlt. Eine Kürzung dieser Leistungszulagen darf aus Anlaß der Tarifverneuerung nicht erfolgen. Die Neueinsetzung ist mit zweimonatlicher Frist zu dem 30. September 1930 kündbar. Erfolgt keine Kündigung, so läuft der Tarif jeweils um ein Vierteljahr weiter. Erklärungsfrist bis 28. Juni 1929, mittags 12 Uhr, gegenseitig und an den Schlichter.“

Eine Zulage von nur zwei Pfennigen, „Zulage“ in der Spitze und nur für die einkäufer bei einer Bindung bis 1. Oktober 1930, — das ist das provokatorische Angebot, das den niederschlesischen Metallarbeitern gemacht wird. Ablehnen — muß die einmütige Antwort der Arbeiter lauten. Schon wird in Schweißnäße gekämpft. (Ausführlichen Bericht siehe 2. Beilage!) Das ist ein Zeichen, daß die Metallarbeiter es fassen, sich weiterhin mit Hungerstreik abzusprechen zu lassen und gewillt sind, den Kampf aufzunehmen.

Metallarbeiter, nehmt sofort überall in Versammlungen Stellung zum Schlichtspruch und lehnt ihn ab!

Folgt dem Beispiel der Schwednitzer Formier! Macht Kampfleitungen und nehmt den Kampf für eure Forderungen auf!

schwächeren Bruder körperlich weit überlegen, er trieb viel Sport. — Manasse Friedländer erklärte am 1. April vor dem Untersuchungsrichter, seinen Bruder und Föls aus Eifersucht erschossen zu haben, weil sie sich in ein Verhältnis des Manasse mit einer Freundin eingelassen hätten. Diese Darstellung der Ursache der Ermordung hat dann der Angeklagte halb wieder zurückgenommen.

Vorsitzender: Wollen Sie uns sagen, wo Sie den Revolver gekauft haben, den Sie zu Ihrer Tat benutzten?

Manasse Friedländer: In einer dunklen Straße in der Nähe des Alexanderplatzes.

Der Vorsitzende versucht dann, durch längere Fragenstellung schneller herauszubekommen, wo Friedländer die Waffe gekauft hat. Es gelingt ihm nicht.

Vorsitzender: Sagen Sie einmal, können Sie uns nicht einen Grund angeben, warum Sie die Waffe dann immer bei sich trugen? — Manasse Friedländer: Ich hatte Vergnügen daran. Es wußte auch niemand etwas davon. Auch mein Bruder hatte keine Ahnung, wieso Libor Föls nicht.

Der Vorsitzende kommt sodann auf den Unterschied der Körperkräfte zwischen den beiden Brüdern Waldemar und Manasse zu sprechen. Manasse erzählt einen Vorfall, der sich vor anderthalb Jahren abgespielt hat, wo er von Waldemar einmal fürchterlich geohrfeigt wurde.

Vorsitzender: Wie äußerte sich nun Libor Föls zu diesen Mißhandlungen? — Manasse Friedländer: Er äußerte sich immer in der gemeinsten Weise gegen mich. Der Angeklagte erzählt dann einen Fall, wo er von der Mutter Wappseifen bekam und wo sein Bruder Waldemar hinzukam und ihn ebenfalls ohrfeigte, ohne daß die Mutter dagegen einschritt.

Vorsitzender: Sagen Sie mal, Sie waren doch immer mit Ihrem Bruder in ihrem Elternhause zusammen, Sie haben auch in

einem Zimmer zusammen geschlafen? — Manasse Friedländer: Ja wohl, aber wir haben seit einhalb Jahren kein Wort miteinander gesprochen.

Vorsitzender: Das ist doch sehr merkwürdig. — Manasse Friedländer: Wir gnügen dann einfach wortlos nebeneinander her. — Vorsitzender: Ist denn dieses Verhältnis nicht den Eltern aufgefallen? — Manasse Friedländer: Ja wohl, mein Vater hatte uns des öfteren ermahnt, aber es hatte gar keinen Zweck. — Vorsitzender: Was hat denn Libor Föls getan, wenn er sah, daß Sie von Ihrem Bruder geschlagen wurden? — Manasse Friedländer: Er hat sich darüber geärgert.

Wir werden morgen über den Prozeß weiter berichten.

Auch die evangelische Kirche will Konkordat und neue Pfaffenbrüde!

Berlin, 26. Juni. (Eigener Bericht.) Die Generalsynode trat gestern in Berlin zu einer Sitzung zusammen und stellte folgende Forderungen für ein Konkordat mit der evangelischen Kirche auf:

1. Eine partielle Sicherung der Religionsübung, des kirchlichen Besitzes und anderer kirchlicher Rechte.
2. Eine den Grundfähen der Reichsverfassung entsprechende Sicherung der Selbständigkeit der Kirchen, besonders die Befreiung von den starken Bindungen gegenüber dem Staat.
3. Eine vertragmäßige Sicherung der Dotationen für die allgemeine kirchliche Verwaltung.
4. Eine Festslegung der bisherigen gutachtlichen Anhörung des Oberkirchenrats vor Besetzung theologischer Lehrstühle.



Der evangelische Pfaffe: „Der Braun, wir wollen auch so einen Vortrag, wie der da...“

Die Sekretärin des Prälaten

von Alben Daudistel
Copyright by Alben Daudistel. (Nachdruck verboten)

Da ging er seinen Gedanken an Madame Richmond nach; ja, er ging durch den Park. Und da blieb er auf einmal stehen und sagte es sich ganz leise: „Ich raube nicht eher, bis ich jenen Menschen geignappelt habe, der mich beipöbelte, der so gegen die Wand klopfte! Ich werde nun vor allen andern Madame Richmond beipöbeln lassen, und zwar durch, durch jenen jungen Doktor der Nationalökonomie; er muß vor morgen ab bei ihr im Büro arbeiten und aufpassen, wer zu ihr kommt, und „hören“ muß er, ganz heimlich; ich werde ihn insinuiieren...“ Der Prälat ging weiter. Als er jedoch an das kleine Kabelehen kam, hinter dessen Gitter ein „ewiges Kämpchen“ ein vermittertes Madonnenbild erhellte, blieb er davor stehen und — während er etwas lächelte, betragte er sich. Dann aber eilte er dahin wie etwa einer, der mit der geschultesten Sense einem aufkommenden Gewittersturm entgegenreitet muß, um noch frühzeitig genug den Schutz seines Hauses zu erreichen.

Als er in seinem Zimmer bei den „Grauen Schwestern“ angekommen war, schob er die Briefe, die auf dem Tisch lagen, zur Seite, obwohl er sah, daß der oberste Brief die Handschrift seiner Mutter zeigte. Er legte seine Aufmerksamkeit ab, schaute verdrissen nach seinem Bett hin und murmelte: „Schlafen kann ich jetzt nicht; ich bin viel zu aufgeregt!“ Er entzückte sich daher, an einem pantheistischen Gedicht, das er vor einigen Wochen begonnen hatte, weiterzuschreiben. Er warf seinen Hut auf das Sofa. Seinen Paletot zog er nicht an, er schlang vielmehr den Mantel um sich, nahm Platz am Schreibtisch und begann zu arbeiten.

Aber gar bald schaute er zum Lichttelefon, ganz versunken in Gedanken an Madame Richmond. Plötzlich schaltete er unwillig und schlug mit der Faust auf sein Bett. Denn gern hätte er gerade in dieser Nacht durch das Telefon mit Madame Richmond gesprochen, ihr all sein Leid gellagt und — ihr berichtet, daß er sich von einem feindseligen Menschen, der ihn durch jenes unheimliche Gespöche so erschreckte, beobachtet und verfolgt fühlte. Ja, er sagte sich in seiner Sehnsucht nach Herzlichkeit: „Madame Richmond würde mir ganz gewiß wenigstens so antworten: „Aber Herr Prälat, bleiben Sie doch vernünftig und lassen Sie sich nicht von Gespöchen, die Sie nicht haben dürfen, unterkriegen!“ Diese Gedanken, mit denen er sich in seiner Einsamkeit zu vertreiben versuchte, reizten ihn aber derart auf, wie etwa ein Lappen blutigen Fleisches einen hungrigen, angebundenen Wächter aufreizt, dem ein Zerquetscher das Fleisch so nahe vorlegt, daß er es wohl riechen, jedoch nicht schnappen konnte. So ein Hund heult dann, wenn er sich wegen der zu kurzen Kette rüchellos abgequält hat, und sein Hunger nach dem Fleisch zur Eier wurde, nicht mehr wie ein Hund; sein Begehren ähnelte dann vielmehr dem Gejammer eines verpeinerten Menschen. Ja, der Prälat zitterte am ganzen Körper. Und so flammte er: „Mein Gott, mein Gott, ich habe vor der offenen Höllenpforte, und mir schlugen die Geister schon ins Gesicht! Wo soll ich Zuflucht suchen, wo, wo? — Hinter mir, neben mir, unter mir ist alles schon höllisch! Wie soll das noch enden? Pah...“ Inzwischen er: „Ich wüßte, ich wüßte in diesem Falle schmerzhaft oder so gerissen insam sein, wie ich es als Pfaffen sein muß!“ Er verließ den Platz vor seinem Schreibtisch, kniete nieder und betete, sich durch ein Gebet innerlich aufzurichten. Aber — als er so kindlich brav vor sich hin lächelte, verspürte er auf einmal: „Es wäre besser, wenn ich noch weinere laute...“ Da hörte er die Schwester der Wache, die durch seine Narbe herbeigeklopft worden war, dranhin an seine Tür anknöpfen. Er erhob sich und schrie auf: „Lacht mich in Ruhe! Weg von meiner Tür!“ Seelen Schmerz verzerrte sein Antlitz; und er ging hin und her. Hin und her...

Schließlich öffnete er das Fenster, schaute empor zum Firmament und nidete: „Wie wohl würde ich mich im Nu fühlen, wenn ich jetzt von Madame Richmond wenigstens bloß solche harte Worte zu hören bekäme: „Aber Herr Prälat, so denken Sie doch daran, daß ich verheiratet bin, und ich Ihnen schon allein aus diesem Grunde nicht helfen darf...“ Bei diesen Worten horchte er erschreckt auf, da auf einmal Hagelgüsse gegen den Chemann seiner Sekretärin in ihm aufgetrieben waren. Gleichwohl sagte er sich aber, hämisch grinsend: „Ich komme mir vor wie ein Mädchen, das an Onorrhoe leidet und es aus Scham und Furcht verschweigt, obwohl sich das Leiden immer mehr einfrischt!“ Er nahm aus der Schublade des Nachtschreibtisches ein lebernes, spitzwinkliges Futteral, steckte es in seine hintere Hosentasche und schlüpfte verflissen: „Werde aus diesem Grunde nicht hinter der jener unheimliche Mensch so klopfte, durchschlagen können, ich wäre dazu fähig, während er so klopfte, die Wand da, wo er klopfte, zu durchschlagen; peng!“ sagte er scharf...

Am folgenden Morgen kam der Prälat mit einem Sträußchen Gänseblumen, das er sich (zum Troste) gekauft hatte, in sein Büro und sagte gleich nach dem Morgengruß: „Madame, ich habe bereith den Doktor Hilbaut hierher bestellt er wird einige Tage hier arbeiten, Ihnen eine Broschüre über das katholische Schulwesen diktieren.“

Sie nahm ihm das Sträußchen ab. Während sie es in ein Glas voll Wasser stellte, erklärte er ihr, lässig lächelnd, Doktor Hilbaut sei ein junger, begabter Nationalökonom, aber im Verkehr mit sym pathischen Damen fast zu formell. Madame Richmond spöttelte: „Hoffentlich ist er nicht zu steif!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den holländischen Teil: Victor Doubrinski, für „Deutsches und Reich“: Wilhelm Kiebold, für „Preußen“, „Schlesien“ und die übrigen Verlage: Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den österr. holländischen Teil: Richard Schulz, Wien. — Für die russische Teil: Peter... (unvollständig)

Deutschland im Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion

Enthüllungen des Gen. Stoeder im Reichstag

Zur Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes sprach für die kommunistische Fraktion in der Montagssitzung

Genosse Stoeder.

Die Rede, die wir heute aus dem Munde des Führers der deutschnationalen Fraktion gehört haben, konnte nur gehalten werden, weil die Deutschnationalen seit einem Jahr nicht mehr in der Regierung sitzen.

Die Hälfte der deutschnationalen Gelder für diesen Dawes-Plan fließen, womit er überhaupt erst Geltung bekam.

Der Young-Plan belastet die Arbeiter

Unsere Opposition gegen den Young-Plan und die Pariser Konferenz geht selbstverständlich von ganz anderen Gesichtspunkten aus, als die der Deutschnationalen.

Der Young-Plan bringt der deutschen Arbeiterklasse eine schwere dauernde materielle Belastung, denn diejenigen, die jetzt am lautesten gegen den Plan schreien, verkaufen am besten, die Lasten auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen.

Man hat alle Forderungen der Arbeitsinvaliden abgesetzt, man plant den Abbau der ohnehin geringen Unterstützungssätze, neue Hungerzölle werden beschlossen.

Selbst die geringfügige Erleichterung, die der Young-Plan bringt, wird lediglich dem Großkapital zugute kommen.

Die Hungerzölle sind also schon eine beschlossene Sache.

General Lippes Aufmarschplan gegen die USSR.

Die heftigsten Kriegsrüstungen gegen die Sowjetunion fanden ihren Kulminationspunkt bei den Verhandlungen auf der Pariser Konferenz.

Der Vorgänger dieses Generals v. d. Lippe, der vor einigen Monaten verstorben General v. Hoffmann, hat in einem Memorandum an die Regierungen von London und Paris die internationale Situation folgendermaßen geschildert:

„Es bleibt nur übrig, daß die Sowjetregierung durch eine militärische Intervention von außen her gestürzt wird. Erst danach kann in Rußland der Grundstein zur Wiederherstellung auch der russischen Wirtschaftsleistung und für deren Wiedereingliederung in den Kreislauf der europäischen und der Weltwirtschaft gelegt werden.“

In den letzten Wochen hat v. d. Lippe den Staatsmännern der Entente detaillierte Kriegsaufmarschpläne gegen die Sowjetunion mit Beteiligung deutscher militärischer Kräfte unterbreitet.

Reichberg bei Poincaré

In vollem Einverständnis mit dem General v. d. Lippe hat der bekannte Industrielle Reichberg dieselben Vorschläge ökonomischer, finanzieller und militärischer Art Herrn Poincaré unterbreitet.

„Wir brauchen die Einigung der europäischen Mächte gegen den Bolschewismus. Ich habe mich vor kurzem in eingehenden Unterredungen mit französischen und englischen Staatsmännern davon überzeugen können, daß diese meine Ansicht durchaus begründet ist.“

Nun hat zwar Herr Stresemann neulich im Auswärtigen Ausschuß erklärt, daß er mit Herrn Reichberg nichts zu tun habe, aber es ist ein bekanntes Mittel der kapitalistischen Diplomatie, Tendenzen und Vorschläge, die man selber noch nicht unterbreiten will, von

anderen unterbreiten zu lassen, die man bei gegebener Gelegenheit desavouieren und abhüteln kann.

Wie kommt es, daß Reichberg seine Vorschläge auf ein offenes Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion mit Wilson und mit Duldung des deutschen Vorkämpfers, von Goesch, Herrn Poincaré unterbreiten konnte?

Wie wir zuverlässig wissen, hat nicht nur Herr von Goesch ein sehr starkes Interesse an den Verhandlungen zwischen Herrn von Reichberg und Herrn Poincaré, sondern auch Herr Schacht und auch Herr Stresemann, die sich eingehend über die Besprechungen informieren ließen.

Herr von Reichberg hat über diese Besprechungen eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

„Es handelt sich bei meiner Pariser Reise um die mündliche Fortsetzung von Erörterungen, die bereits seit langem zwischen englischen und französischen Staatsmännern einerseits und mir andererseits schweben.“

Schachts Feldzug gegen die Sowjets

Von rechts bis links, d. h. also die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, sind von den Kriegspartverhandlungen des Herrn Reichberg gegen die Sowjetunion unterrichtet.

Herr v. Kühlmann, der bekannte Außenminister während der Kriegszeit, hat im wesentlichen dieselben Vorschläge unterbreitet, wie Herr v. Reichberg.

Herr v. Kühlmann, der bekannte Außenminister während der Kriegszeit, hat im wesentlichen dieselben Vorschläge unterbreitet, wie Herr v. Reichberg. Wenn Herr Stresemann erklärt hat, daß das Auswärtige Amt mit Herrn v. Reichberg nichts zu tun hat, so steht andererseits fest, daß Herr v. Kühlmann seine Verhandlungen in Paris in engerster vertraulichster Zusammenarbeit mit Herrn Schacht geführt hat.

APD-Antrag zur Krisenfürsorge

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte folgenden Antrag im Reichstag ein:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird beauftragt, an Stelle der bis zum 29. Juni 1929 geltenden Verordnung über Krisenfürsorge eine neue Verordnung ohne zeitliche Begrenzung nach folgenden Gesichtspunkten zu erlassen:

- 1. Arbeitslose, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllt haben oder deren Anspruch auf Unterstützung erschöpft ist, erhalten Krisenunterstützung ohne Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit;
2. alle Arbeitslosen, die infolge der gegenwärtigen Bestimmungen keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, werden in die Krisenfürsorge aufgenommen;
3. die Höhe der Krisenunterstützung ist dieselbe, wie die der Arbeitslosenunterstützung.

Im Falle der Ablehnung:

Die bis zum 29. Juni 1929 geltende Verordnung über Krisenfürsorge ohne weitere zeitliche Begrenzung zu verlängern und gleichzeitig die gegenwärtigen Bestimmungen durch folgenden, bisher nicht durchgeführten Beschluß des Reichstages vom 8. Februar 1929 zu erweitern:

die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen.

Reformistische Betriebsräte Hand in Hand mit Reichsbahnverwaltung

Die uns aus Nordbavern mitgeteilt wird, weigert sich dort die Reichsbahnverwaltung, den Zeitarbeitern die im Schiedsspruch vorgezeichnete Nachzahlung ab 1. April zu gewähren.

Ob auch in Schlesien und Oberschlesien die Zeitarbeiter die Nachzahlung nicht erhalten sollen, ist uns vorläufig nicht bekannt.

Korrespondenten der belgischen liberalen Zeitung „L'Indre Libérale“ folgendes:

„Der erste Schritt Europas muß der Kampf gegen den Bolschewismus sein, der zweite die Ausbeutung der Naturschätze Rußlands.“

Wir fordern endlich die deutsche Regierung auf, sich zu äußern über die Verhandlungen, die von Herrn General v. d. Lippe, von Herrn v. Kühlmann und von Herrn Schacht in Paris über die Frage des Kriegsbündnisses gegen die Sowjetunion geführt worden sind.

Es ist ein Zufall, daß ausgerechnet in Deutschland die riesigen Fällungen sowjetrussischer Geldnoten vorgenommen wurden?

Nein, das sind keine Zufälle, ebensowenig wie die sozialfaschistischen Vorkämpfer der letzten Wochen und Monate gegen die deutsche revolutionäre Arbeiterkraft. Die Demonstrationsverbote, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der kommunistischen Zeitungen sollen die steigende Bereitwilligkeit der deutschen Bourgeoisie für den Kampf gegen die Sowjetunion beweisen.

Herr Hilferding hat neulich in einer bedeutenden Rede vor der Versammlung des Deutschen Reiches offen zur Finanzblase gegen die Sowjetunion ausgesprochen. Er erklärte dort wörtlich: „Wir Deutschen dürften keinen Augenblick mehr in die verfaulende und bankrotte sowjetrussische Wirtschaft hineinkucken.“

So sehen wir deutlich, daß Sozialdemokraten an der Spitze dieser Werbung dieser deutschen Außenpolitik stehen, die zu allererst gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Die zweite Internationale unterstützt und billigt den neuen Hunger- und Kriegspakt von Paris.

Waffen gegen die Kriegstreiber richten

Gerade angesichts des bevorstehenden 1. August rufen wir die Werktätigen, die breiten Schichten aller Ausgebeuteten und Ausgeplünderten zu einem gewaltigen demonstrativen Aufmarsch gegen die Kriegsgefahr und gegen die Kriegspläne gegen die Sowjetunion auf.

Zutreffendfalls bitten wir unsere Arbeiterkorrespondenten, uns sofort Bericht zu geben. Wir stellen ausdrücklich fest, daß die Zeitarbeiter ebenfalls Anspruch auf die Nachzahlung haben, was aus dem Wortlaut des Schiedsspruches unzweifelhaft hervorgeht.

„Einheit“ in neuem Gewande

Sobald ist ein neues Heft der „Einheit“ erschienen, das die größte Beachtung verdient. Nicht nur äußerlich hat sich das Gewand der Zeitschrift geändert, auch ihr Inhalt unterscheidet sich grundlegend von jenen Artikeln, die noch im Anfang des Jahres enthalten waren und die damals die Zeitschrift mit Recht in den Bereich eines Fraktionsblattes der rechten Kommunisten brachten.

Ein neuer Heberfall von Nazis auf Reichsbanner

Vergangenen Sonntag kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Reichsbanner- und Hitlerleuten in Eisenberg in der Pfalz. Die Hitlerleute versuchten offensichtlich, einen Streit mit den Reichsbannerleuten zu provozieren, die von einem Republikanertag kamen.

Für die Reise

Chlorodont-Zahnpaste die herrlich erfrischend schmeckende Pfefferminz-Zahnpaste. Tube 60 Pl. u. 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürste Spezialbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Für Erwachsene 1.25 Mk. für Kinder 70 Pl. Chlorodont-Mundwasser mit gleichem köstlichen Pfefferminz-Aroma. Reisespritzflasche 1.25 Mk.

Streit der Former bei Främb's & Freudenberg in Schweidnik

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Seit längerer Zeit werden bei der Firma Främb's und Freudenberg dauernd Akkordreduzierungen durchgeführt, vor allem in der Blecherei, weil es dort die Kollegen verstanden haben, sich halbwegs vernünftige Akkordpreise zu erringen. Der Durchschnittsüberdienst beträgt ungefähr 60 Prozent. Dieses ist natürlich der Firma ein Dorn im Auge, und man versuchte in letzter Zeit die Preise gewaltig herabzusetzen. Schon seit längerer Zeit wollten die Former die Arbeit niederlegen, da man Akkord für Arbeit nicht gleichgültig, ob der Former einverstanden war oder nicht. Die Unternehmer kräuselten sich sehr bei den Lohnverhandlungen, überhaupt eine

Zulage den Akkordarbeitern

zu geben, da angeblich ihre Verdienste hoch genug sind. Weiter steht die Firma auf dem Standpunkt, daß der Akkord des gelerntsten Akkordarbeiters nur 68,5 Pfennig beträgt, statt 78 Pfennig. Tatsächlich ist es öfter vorgekommen, daß Kollegen nicht ihr Stundenlohn im Akkord erreicht haben, und nur den Akkordtag von 68,5 Pfennig erhalten haben, statt den garantierten Akkordtag von 78 Pfennig. Weiter trug zur Erregung die eigenmächtige Festlegung der Firma einer 10-Minuten-Frühstückspause bei. Trotzdem der Arbeiterrat die Einführung ablehnte, sowie auch die Betriebsversammlung gegen wenige Stimmen beschloß, keine Frühstückspause zu machen, führte die Firma doch die Pause ein. Am Sonnabendfrüh sollten die Former

um 6 Uhr statt 7 Uhr zur Arbeit

erscheinen, um die 6 mal 10 Minuten Frühstückspause einzuarbeiten. Es erschien aber kein einziger Former, sondern nur die Hilfsarbeiter, welche Lohnarbeiter sind. Als am Montagmorgen die Hilfsarbeiter ihre Frühstückspause machten, stieg die Erregung unter den Formern, da auch ein Teil von ihnen gezwungen wurde, gegen ihren Willen auszugehen. Den Ausschlag zur Arbeitsniederlegung brachte ein willkürlicher Akkordabzug des Kalkulators Steinberg bei einem Former. Der betreffende Former hatte schon eine Stückzahl seiner Arbeit geliefert, wobei er für pro Stück 8 Stunden erhielt. Der Kalkulator teilte ihm mit, daß er für die übrige Arbeit nur 2 Stunden und 8 Punkte erhielt. Diesen Preis lehnte der Former ab. Der Arbeiterrat der Blecherei, Genosse Kirchner, trat sofort in Verhandlungen. Der Vertreter der Firma, Ingenieur Turel, lehnte es ab, den alten Preis weiter zu zahlen.

Die Former legten darauf die Arbeit geschlossen nieder.

Sofort wurde von seiten der Firma der Direktor Schöber als Vorsitzender des Metallindustriellen-Vereins und der Geschäftsführer des DMB, Genosse Hirsch, von seiten der Former hinzugezogen. Die Unternehmervertreter verlangten unter anderem, daß sofort der „wilde Streik“ eingestellt würde, eher können sie über den strittigen Akkordpreis nicht sprechen und verhandeln. Dieses lehnten die Former ab. Sie verlangten erst Regelung des strittigen Akkordpreises, dann sollte die Arbeitsaufnahme erfolgen. Schließlich versprach die Firma, am Dienstagfrüh in Verhandlungen zu treten, wenn die Former zur Arbeit erscheinen. Die Former erschienen auch zur Arbeit, aber forderten vom Arbeiterrat erst Verhandlungen über den Akkordpreis, dann Arbeitsaufnahme. Von seiten der Firma erklärte man, man könne nicht in Verhandlungen treten, die Frage solle zurückgestellt werden, da der Betriebsleiter neuhaus an Grippe erkrankt sei; er, nach seiner Genesung könne man verhandeln.

(Dieses kann 6 bis 8 Wochen dauern.) Da aber ausdrücklich im Mantelvertrag steht, daß der Akkordpreis vor Beginn der Arbeit zu vereinbaren ist, so

beharren die Former auf ihrem Standpunkt.

Die Firma erklärte, wenn keine Einigung erzielt würde, dann würde der Bezirksamtsauschuß angerufen werden, der endgültig entscheiden würde. Das lehnten die Former ebenfalls ab, sie wollten sich nicht die Preise vorschreiben lassen von Unternehmern im Bezirksamtsauschuß, die keine Ahnung von einer Arbeit in der Blecherei haben, oder von Gewerkschaftsangehörigen, die ebenfalls noch nicht in einer Blecherei gearbeitet haben. Außerdem erklärte Direktor M., daß diese

„Eine Wille wird gedreht“

In den Lohnverhandlungen in der schlesischen Metallindustrie

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Seit Wochen ist der Vorsteher der Apotheke des DMB, Margaretenstraße 17, IV., Breslau, mit seinem Trabanten bemüht, für die Metallarbeiter eine schmachhafte Wille zu drehen. Eine Besprechung jagte die andere. Jede Besprechung verläuft wie das Hornberger Schiefes. Am Schluß wird es dann heißen: „Ja, Kollegen, es ging nicht anders, ihr müßt die Wille eben schlucken.“

Wir wollen den Gistmischern in der Margaretenstraße zeigen, daß es bei gutem Willen durchaus geht. Nachfolgend z. B. der Tarif der Leipziger Metallindustrie ab 1. April 1929:

	Prozent	Mindestlohn	Mittellohn	Akkordgarant.
Facharbeiter				
über 23 Jahre	100	89	96	102,5
von 21-23 Jahre	91	81	87,5	93
von 19-21 Jahre	72	64	69	74
von 17-19 Jahre	66	59	63,5	67,5
Angelernte				
über 23 Jahre	89	79,5	85,5	91,5
von 21-23 Jahre	82	73	79	84
von 19-21 Jahre	63	55	58,5	63,5
von 17-19 Jahre	53	47	51	54
Ungelernte				
über 23 Jahre	85	75,5	81,5	87
von 21-23 Jahre	75	67	72	77
von 19-21 Jahre	57	51	55	58,5
von 17-19 Jahre	49	43,5	47	50,5
Arbeiterinnen				
über 22 Jahre	58	51,5	55,5	60,5
von 21-22 Jahre	54	48	52	56,5
von 19-21 Jahre	41,5	39,5	42,5	45,5
von 17-19 Jahre	41,5	37	40	42,5

Der Mittellohn wird dem anerkannten Durchschnittsarbeiter innerhalb sechs Wochen nach erfolgter Einstellung gewährt. Die Akkordbasis beträgt 87 Pfennig.

Frage für die Firma eine Prinzipienfrage sei. So machten auch die Kollegen sie zu ihrer Prinzipienfrage, trotzdem das Streiklohn nur ungefähr 1,34 Mark beträgt. Direktor M. erklärte weiter, wenn die Former nicht sofort die Arbeit aufnehmen, sie lassen den Betrieb zu verlassen haben.

Die Former gingen auch auf dem Betrieb. Sofort wurden auch alle anderen Arbeiter ausgeperrt, trotzdem genügend Arbeit für sie vorhanden war.

(Ist dieses keine „wilde“ Ausperrung?) Es wurde sofort eine Kampfkommision aus fünf Kollegen gewählt. Merken möchten wir, daß die Abteilung reiflos organisiert ist. Wir sind gespannt, wie sich die Gewerkschaftsbürokratie zu dem berechtigten Kampf der Former stellt!

Die Bewegung ist ein gutes Zeichen für die Zukunft der Metallindustrie. Der Streik zeigt, daß die Metallarbeiter in Schlessen bereit sind, den Kampf gegen Unternehmerrückwärts und für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Kollegen der Metallindustrie, solidarisiert euch mit dem Kampf der Schweidnitzer Former! Nehmt ebenfalls Stellung gegen die Unternehmerrückwärts, welche verborgene Verleumdung der Arbeiterschaft beabsichtigen. Beweist, daß ihr gewillt seid, den Kampf für eure Forderungen aufzunehmen.

Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahr 12 Pf. pro Stunde im zweiten Lehrjahr 16 Pf. pro Stunde im dritten Lehrjahr 24 Pf. pro Stunde im vierten Lehrjahr 32 Pf. pro Stunde

Wenn es den schlesischen Willedrehern gelingt, einen bezartigen Tarif auch für Schlessen abzuschließen, so werden wir durchaus zufrieden sein. Vielleicht wäre zur Anspornung den DMB-Angestellten zu empfehlen, ihr Gehalt in Höhe des jeweiligen Spitzenlohnes des Tarifs festzusetzen. Da würden die Herrschaften bestimmt mit mehr Eifer an die Organisation eines Lohnkampfes herangehen.

Druckfehler

In dem gestern veröffentlichten Artikel „Der schlesische Textilarbeiterkampf besiegelt den Bankrott der Hausengruppe“ ist eine Reihe zum Teil sinnentstellender Druckfehler enthalten. Die bedeutendsten von diesen stellen wir hiermit richtig:

In der vierten Zeile von oben in der mittleren Spalte muß es nicht *Blotien*, sondern *Blotien* heißen.

In demselben Absatz mußte der letzte Satz richtig heißen: „Dabei wächst... der Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in einem Maße, daß die Verbandsbürokraten sich bereits veranlassen sah, mit Ausschüssen (nicht Ausschüssen) gegen die Opposition vorzugehen.“

In der ersten Spalte in der vierten Zeile von unten muß es nicht *Grundtag* heißen, sondern richtig *Grundtag* heißen.

Der aufmerksame Leser wird gewiß auch ohne unseren Hinweis die Druckfehler gefunden und richtig gestellt haben.

Eisenbahner

berichtet sofort über die Ergebnisse der Wahl zur Reichsbahnarbeiterpenionskasse.

Jetzt erst recht Erwerbslosenbewegung!

Die Arbeitslosigkeit ist seit langer Zeit ein nicht mehr wegzuräumendes Hindernis im kapitalistischen Deutschland. Dieser schwarze Fleck, unter dem sich ungeheures Elend verbirgt, ist geschaffen durch die neuen brutalen Ausbeutungsmethoden des Kapitalismus. Gestützt durch die sogenannte „sozialpolitische Gesetzgebung“ und durch den neuen Feind der Arbeiterklasse, den Sozialfaschismus. Die Arbeiter müssen das elende Zusammenspiel von Kapitalismus und Sozialfaschismus erkennen, um zu erkennen, wieviel Kampfkraft aufgebaut werden muß, um erfolgreich gegen die Brutalitäten dieser alles verderbenden Zwietracht zu kämpfen.

Die größten Arbeiterorganisationen, die „freien“ Gewerkschaften, die von Grund auf dazu berufen sind, die Lebenslage der Arbeiterschaft zu heben, die auch verpflichtet wären, im besonderen Maße gegen die große Arbeitslosigkeit anzukämpfen, sie tun das nicht! Ja, sie bringen nicht einmal fertig, das große Heer der Erwerbslosen einheitlich zusammenzufassen, um so gemeinsam mit dem noch arbeitenden Proletariat eine gewaltige Stoßkraft zu bilden, die alles niederreißt, was sich der Arbeiterschaft hemmend entgegenstellt.

Diese Gewerkschaften können nicht ihren Zweck erfüllen, weil sie geführt werden von Sozialfaschisten, die den heutigen Staat bejahen, die neben den Gewerkschaftszielen noch weiße Riesen drücken in den Institutionen dieses republikanisch-kapitalistischen Staates, die ihre Spitze im Verwaltungsrat der Reichsanbahn bewegen, um die Arbeiterschaft, die Erwerbslosen mit neuen Anordnungsparagrafen zu beglücken. Deren Parteigenossen in der Koalitionsregierung die wichtigsten Ministerposten innehaben und die Arbeiter schlimmer laubeln, als die Minister zu Zeiten Wilhelm des Panzergeliebten. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wirth, der das schon schandbare Arbeitslosenversicherungsgesetz immer mehr verschlechtert. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Brüning, der mit den kapitalistischen Bankhändlern Geheimabkommen abschließt, in denen außer anderen Gehöhen an den Kapitalismus auch die Zufügung enthalten ist: Die Reform der Erwerbslosenversicherung ist durchzuführen, daß auch bei größerer Arbeitslosigkeit das Reich keine Zuschüsse mehr zu zahlen braucht. Der sozialdemokratische Reichsminister Gumbel, der Anweisungen gibt, die Klassenbewußtesten Arbeiterorganisationen zu verbieten, der seinem untergeordneten Parteigenossen Brüning die Wahlinschande beschließt. Brüning, der offen ausgesprochen hat, daß er den Letztrest in händiger Fühlungnahme und Einvernehmen mit seiner Partei und Gewerkschaften vollbracht hat. Das hat die Regierender des Reichs gemacht und die Führer des Sozialfaschismus. Auch in fast allen freien Gewerkschaften versuchen sie diesen unheilvollen Einfluß zur Geltung zu bringen, indem sie die Klassenbewußtesten Mitglieder aus den Gewerkschaften ausschließen, und damit das Kampfbewußtsein der Arbeiterschaft restlos vernichten.

Aus diesem Grunde müssen die erwerbslosen Arbeiter und Angestellten nun erst recht dazu übergehen, ihre schon bestehenden Kampforgane auszubauen und zu verstärken. Gerade jetzt ist die größte Wachsamkeit der Erwerbslosen notwendig, weil die bürgerliche und sozialfaschistische Presse der Deffektivität vorgaukelt, die Arbeitslosigkeit nehme ab. In Wirklichkeit ist nur ein Teil der sogenannten Saisonarbeiter, Land- und Bauarbeiter, mehr oder weniger in Arbeit getreten.

Darum müssen überall die bestehenden Erwerbslosenausschüsse erhalten bleiben und neue geschaffen werden. Der Erwerbslosen-

ausschuß, der auf allen Stempelstellen vorhanden sein muß, ist die Vertrauenskörper der Erwerbslosen. Durch Einberufung von Versammlungen, Schaffung von Beratungsstellen müssen die Erwerbslosen zusammengebracht und aufgestellt werden.

In enger Verbindung mit den im Vertriebe stehenden Arbeitern, den roten Betriebsräten und den selbstgewählten Kommissionsen der Arbeiter muß in verstärktem Maße der Kampf aufgenommen werden:

- Für Arbeit und Brot!
- Für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen auf Kosten der Unternehmer!
- Gegen den Unterfüllungsraub des Arbeitslosenversicherungsgesetzes!
- Für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionskampf!
- Gegen jegliche Liebesbuden und Geharbeit am laufenden Band!
- Für die reiflose Durchführung des Wirtsturentages!
- Gegen Polizeiwillkür und Terror!
- Für uneingeschränkte Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit!
- Gegen die Spaltungsmethoden der reformistischen Arbeiterfeinde!
- Für ein Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen!
- Gegen die Herrschaft der Ausbeuter und Volkspolizisten und ihren imperialistischen Kriegsrüstungen!

Vereinigte Theater

Lobc-Theater

Von Sonnabend, den 22. u. bis Sonnabend, den 29. u. täglich 20.15 Uhr
Saisonverkauf 1929
Komu im Roberttheater
in 12 Bildern
Lege: Max Ophüls
Regie von Harry Kalton

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Mittwoch, 18.30 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie B 22
Der Ring des Nibelungen
2. Tag
Siegfried
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 22
Der Ring des Nibelungen

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Mittwoch 20 Uhr
Der Astelbinder
Donnerstag 20 Uhr
Das Dreimäderlhaus
Freitag 20 Uhr
Schwarzwaldmädel
Sonnabend 20 Uhr
Die Gladasfürstin
Sonntag 20 Uhr
Gräfin Mariza

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Gesellschaftshaus „Gold Anker“

EndeLohestr., 3 Min. v. d. Endst. d. L. 28
Jeden Sonntag
Großer Familien-Tanz
P. Langer.
Saal für Vereine und Festlichkeiten;
zu vergeben

Wandleibhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 71
Beleuchtung v. Anzeigen, Wäsche
und Schmuckwaren

Schaeter-Einreibung

berühmt und bewährt bei Rheumatismus und Nervenschmerz, wird nach einem alten Original Rezept in meinem Laboratorium hergestellt in Flaschen zu 0,50, 0,60, 1,00 M. Helen-Apoth. Münsterberg Schles., Ring 17 Ecke Baumhostr.

Breslau

Blutige Auseinandersetzung wegen Ehetrennung

Während in der ersten Stunde wurde die 43jährige Frau Wenglarich von ihrem erst dieser Tage aus dem Gefängnis entlassenen Ehemann in ihrer Ottostraße 19 bestüblichen Wohnung aufgegriffen. Da die bereits von ihm geschiedene Frau angeblich unmoralisch lebte, geriet er in eine solche Wut, daß er ihr mit einer Drahtangel schwere Verletzungen am Kopf beibrachte. Frau Wenglarich konnte nach um Hilfe rufen, worauf der Mann die Flucht ergriff. Hausbesitzer fanden Frau Wenglarich blutüberströmt und bewußlos auf. Sie wurde nach dem Allerschlechten-Hospital geschafft; die Verletzungen sind schwer, aber nicht lebensgefährlich.

Am gestrigen Nachmittage hat sich der Ehemann freiwillig der Polizei gestellt.

Drei Monate Gefängnis wegen eines Artikels

Wegen eines Artikels „Deutschland von außen“ war der Wochenblattverleger G. Z. vor längerer Zeit zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sowohl er als auch der Staatsanwalt hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer beantragte gestern Staatsanwalt Steinberg, die Strafe auf acht Monate zu erhöhen. Der Sachverständige, Professor Straßmann, äußerte glücklicherweise, daß G. Z. an einer krankhaften Erregbarkeit leide. Mit Rücksicht darauf ermäßigte das Gericht die Strafe auf drei Monate Gefängnis.

Herr Boebgen geht nach Potsdam

Der als Nationalist bekannte Landgerichtsdirektor Boebgen, ehemals Vorsitzender des hiesigen „Altkatholischen Verbandes“, ist nach Potsdam veretzt worden. Sicher wird er sich in den Kreisen der „Don“ und „W“, der abgetreten und der für die Zukunft noch hoffenden Monarchen sehr wohl fühlen. Denn schon sein Breslauer Verhalten war ganz potsdamisch.

Sonnabend Umstellung auf neue Wellenlänge

Die Schlesiische Funkstunde teilt mit: Es wird unseren Hörern bereits bekannt sein, daß am Sonntag, dem 30. Juni, die auf der Prager Internationalen Funkkonferenz beschlossene neue Wellenverteilung in Kraft tritt. Für die Sender Breslau und Gletwitz bringt die neue Wellenverteilung folgende Veränderung: Breslau erhält 263 Meter, Gletwitz erhält 325 Meter. Während die Wellenänderung für Gletwitz unerschwerlich ist, erfordert sie beim Breslauer Sender umfangreiche Umstellungsarbeiten am Luftleitwerk sowie am Sender selbst. Die Umstellungsarbeiten für Breslau beginnen in den frühen Morgenstunden am 20. Juni und werden sich voraussichtlich bis in die Abendstunden hinziehen. Das Programm der Schlesiischen Funkstunde wird für Fernempfang über Gletwitz auch an diesem Tage hörbar sein. Detektorempfang des Breslauer Programms ist an diesem Tage nicht möglich, es sei denn, daß die Umstellungsarbeiten bis zu Beginn des Abendprogramms fertiggestellt sind. Unsere Bitte an alle Detektorempfänger: Versuchen Sie sich auf das Abendprogramm der Schlesiischen Funkstunde einzuschalten. Da Breslau dann bereits auf der neuen Welle 263 Meter sendet, könnte der Fall eintreten, daß Ihr Detektorempfänger sich ändert. Eine veränderte Einstellung Ihres Apparates dürfte Ihnen den Breslauer Sender mit der gleichen Lautstärke bringen. Ist das nicht der Fall, so würden geringfügige Veränderungen in Ihrem Empfangsgerät notwendig sein. Sind Sie mit den technischen Bedingungen derartiger Veränderungen nicht vertraut, teilen Sie Ihre Beobachtungen unter genauer Angabe der Adresse der Schlesiischen Funkstunde sofort mit, die Sie in jeder erdenklichen Weise beraten wird.

Fünf Personen vermißt

1. Seit dem 8. Juni der Student Wilhelm Seidel, Matthiasplatz 1 bei Dr. Gauß, wohnhaft gewesen. 2. Seit dem 18. Juni das Hausmädchen Cornelia Pompa, Am Wäldchen 28 wohnhaft gewesen. 3. Seit dem 23. Juni der Schülerlehrling Lothar Grosser, Bohrauer Straße 49 wohnhaft gewesen. 4. Seit dem 21. Juni der Anstreicher Willy Emil Hildebrandt, Matthiasstraße 130 wohnhaft gewesen. 5. Seit dem 15. Juni der Mechanikerlehrling Hubert Linke, Berliner Platz 20 wohnhaft gewesen.

Stadtverordneten-Fraktion

und Vertreter der Bezirke. Heute Mittwoch 18,30 Uhr im Lokal Ottostraße 9. Punktliebes Erscheinen notwendig.

Töblicher Unglücksfall durch Gasvergiftung. Heute Nacht wurde die Hausfrau, letzte Emma Kube, 22 Jahre alt, in der Küche ihres Altkatholikers auf der Moritzstraße 4 im Bett bewußlos aufgefunden. Kurz nach ihrer Entlassung in das Krankenhaus ist sie gestorben. Es liegt Unglücksfall vor, da der Gaschlauch schadhaft und von der Leitung abgezogen war.

Generalanzeigerlügen. Zu dem Bericht des Generalanzeigers über „Gemeinlichkeitsverbrechen vor einer Polizeiwache“ werden wir gebeten, zur Mithilfestellung folgendes mitzuteilen: 1. Es ist unwarhaft, daß die fraglichen Gäste, die das Lokal Rosen, Ecke Enderstraße, besuchten, die Bezahlung dem Wirt verweigerten; wahr ist, daß die Bezahlung mit einem Rechnungschein erfolgte, worauf der Restbetrag bis zum heutigen Tage noch nicht zurückbezahlt worden ist. 2. Der Polizeioberwachmeister Maletz, der zur Zeit des Vorfalls in Zivil sich am Zatore einfindet, etablierte sich ohne weiteres als Wager. Der eine Inzwischen festgenommene, der ausdrücklich betonte, keinen Widerstand zu leisten, wurde auf dem Wege zum Polizeirevier mehrere Male ins Gesicht geschlagen. Daraufhin protestierte die angesammelte Menge, ohne aber, wie der General berichtet, eine drohende Haltung einzunehmen. Wie wäre es, wenn der General, anzeiger nur einmal darauf hinweisen würde, daß endlich die Prügelmethoden von Seiten der Polizei gegenüber festgenommenen Personen, namentlich im Polizeirevier Nr. 9, Neue Matthiasstraße, eingestellt werden?

Kriminelle Wochenstatistik. In der Woche vom 16. bis 22. Juni wurden 35 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen: Einbruchdiebstahls sechs, Fahrad-, Taschen- und Ladendiebstahls acht, Betruges eine, Zechprellerei eine, Unterschlagung eine, Diebstahl zwei, Sittlichkeitsverbrechen bzw. -vergehen fünf, Widerstandes eine, Körperverletzung zwei, Betteln und Arbeitscheu fünf, großem Ungehör drei.

Rohlenhausen brennt. Bestern kurz vor 3 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Sandauer Dorfstraße. Vier brannte ein an der Straße gelegener Holzschuppen mit Wagen und einem Haufen Rogge sowie der an der Straße gelegene Jaun. Das Feuer wurde mit einer Schlauchleitung gelöscht.

Schließendes Bad. Die Frauenabteilung des städtischen Warmbades 5, Tiergartenstraße 1, muß wegen Instandsetzungsarbeiten ab sofort auf acht bis zehn Tage geschlossen werden. Nach Fertigstellung der Arbeiten werden in demselben Bade auch die Räume der Männerabteilung im Anstrich erneuert. Auch diese Arbeiten machen ein Schließen der Männerabteilung des Bades 5 auf weitere acht bis zehn Tage notwendig.

Versicherungsgesellschaften verdienen an der Stadt Millionen

Um die Selbstversicherung städtischer Gebäude und Anlagen — Wo bleiben die deutschnationalen „Spar“-Gelder?

Breslau, 26. Juni.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Juni steht eine Vorlage, in der die Stadtverordnetenversammlung dem Beschluß des Magistrats zustimmen soll, die städtischen Gebäude und Anlagen auf weitere fünf Jahre zur Hälfte bei der Schlesiischen Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft und dreizehn ihr angeschlossenen Versicherungsgesellschaften gegen Feuergefahr zu versichern. Vor dem Jahre 1924 war der gesamte städtische Besitz, soweit Gebäude und Anlagen in Frage kommen,

und der gegenwärtig eine Versicherungssumme von rund 115 Millionen Mark barockt,

bei der Schlesiischen Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft, einer privaten Gesellschaft, versichert. Seit fünf Jahren besteht nun im Anschluß an die städtische Feuer- und Lebensversicherung eine Sammel- und Selbstversicherung der städtischen Grundstücke und Anlagen.

Schon im Jahre 1924 waren in der Stadtverordnetenversammlung Einnahmen vorhanden, die gesamte Versicherung in eigener Regie zu übernehmen. Die kommunalistischen Stadtverordneten haben sich jedoch für diesen Plan eingesetzt und schon damals einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit, die ihre Kommunalpolitik nur im Interesse der privaten Wirtschaft betreibt, verwarf abermals 50 Prozent der Versicherungssumme an die Schlesiische Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft. Dieser Vertrag soll nunmehr erneuert und auf weitere fünf Jahre abgeschlossen werden. Welches lukrative Geschäft abermals den privaten Gesellschaften zugeschanzt werden soll, ergibt sich aus folgendem:

Der Prämienfuß bei den Gesellschaften betrug bisher 0,60 Prozent und soll jetzt „entgegenkommenderweise“ auf 0,51 Prozent ermäßigt werden. Bei der 50 prozentigen Selbstversicherung beträgt der Satz nur 0,40 Prozent, also 0,11 Prozent weniger als bei den

privaten Gesellschaften. Jährlich haben diese Gesellschaften rund 81 000 Mark an Versicherungsprämien bekommen, in fünf Jahren also rund 405 000 Mark. Da verhältnismäßig kleine Brandschäden in den letzten fünf Jahren vorgekommen sind, haben diese Versicherungsgesellschaften nur etwa 60 000 Mark an Brandschäden gezahlt und somit

95 000 Mark an Versicherungsprämien verdient.

Wäre die in früheren Jahren der gesamte Wert bei diesen Versicherungsgesellschaften versichert gewesen, hätten sie natürlich das Doppelte profitiert. Also ein sehr schönes Geschäft auf Kosten der Steuerzahler. Trotzdem diese Dinge im Magistrat bekannt wurden, stellte ein bürgerliches Mitglied des Magistrats den Antrag, den gesamten Versicherungswert abermals den privaten Versicherungsgesellschaften zu geben, also auch dieses Gebiet der kommunalen Wirtschaft von privaten Versicherungsgesellschaften ausplündern zu lassen. In namentlicher Abstimmung wurde dieser Antrag abgelehnt. Die „bepöbelten“ bürgerlichen Kommunalpolitiker begründen ihre Stellungnahme damit, daß bei größeren Brandschäden die Stadt nicht in der Lage wäre, diese selbst zu decken. Dabei weiß jedes Kind, daß die privaten Versicherungsgesellschaften in erster Linie auf ihren Profit bedacht sind und bei einem Brand nur einen Teil des Schadens vergüten, und damit den Hauptausgleich der Versicherungsgesellschaft, im vorliegenden Falle also die Stadt, sowieso zu tragen hätte.

Die kommunalistischen Stadtverordneten werden auch bei Behandlung dieser Vorlage erneut den Antrag auf volle Selbstversicherung stellen. Sie lehnen es ab, ihre Hand dazu zu legen, privaten Versicherungsgesellschaften auf Kosten der Stadt zu einem guten Geschäft zu verhelfen.

Hand an die Rosennacht und keinen Mucks mehr von sich gegeben

Oberpräsident Lüdemann befiehlt Verfassungsbegeisterung

Sozialdemokratische Arbeiter wollen ihr diese Komödie mitmachen?

Vor kurzem teilten wir den Beschluß der Vertreterversammlung der Breslauer Sozialdemokratischen Partei mit, wonach eine Beteiligung an Verfassungsfeiern, an denen „auch Bürgerliche teilnehmen“, ausdrücklich abgelehnt wurde. Wir sagten damals schon voraus, daß die Lüdemann, Mache und Co. sich an einen solchen Beschluß nicht halten würden. Diese Voraussage ist eingetroffen. Auf der am Sonntag abgehaltenen Gaukonferenz des Reichsbanners sprach auch Lüdemann, und zwar ausgerechnet zu den — Verfassungsfeiern. Er sagte:

Der 11. August soll zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes werden. Was bisher für den 11. August geschehen ist, ist kläglich, zum Teil erbärmlich. Wir hatten sonst zwei Verfassungsfeiern, eine bürgerlich-befehdliche, und die des Reichsbanners. Das soll hat den Tag nicht gefeiert. Es muß nun Grundfest werden, von der Vereinstatsfeier zum Volksfeiertag zu kommen. Wir müssen zu neuen Methoden kommen, die es allen gestattet (1), an der Feier teilzunehmen. Wenn Organisationen bereits ablehnende Beschlüsse gefaßt haben, muß doch versucht werden, zu einer Verständigung zu kommen. Am Abend des ersten August werden 200 000—300 000 tatsächlich feiern an laudenden Volksfesten an der Peripherie der Stadt.

Herr Lüdemann sagt also, daß er sich persönlich durch den Parteibeschluß nicht nur nicht gebunden fühlt, sondern im Gegenteil sogar

„versuchen“ will, denselben umzustoßen. Und das wird der Komödie Oberpräsidenten zu Kreuze kriechen und davon Verfassungsfeier mitmachen. Obwohl das, um mit ihrem Beschlusse zu reben, „schädliche Illusionen“ fördert, Schadet nichts, werden sie denken, auf eine mehr oder weniger kommt es ja gar nicht mehr an. (Wo sie doch selbst eine „schädliche Illusion“ sind.)

Und die sozialdemokratischen Arbeiter? Kommt ihnen bei einer solchen Komödie nicht endlich das Nagen an? Erst gegen Verfassungsfeier und zum Schluß — todsicher! — für eine solche? Wollen die Arbeiter dieses Gaukelspiel wirklich noch mitmachen?

Im übrigen: Herr Lüdemann hat eine blühende Phantasie. Nicht weniger als 300 000 Breslauer — also die Hälfte aller denen, was da kreucht und fleucht — will er Verfassung feiern lassen. Er hat damit den Mund reichlich vollgenommen, was um lächerlicher wirkt, als das Reichsbanner Groß-Breslau am Sonntag beim „Vergrühungsaufmarsch“ zur Gaukonferenz ganze 287 (das ist kein Druckfehler: zweihundertachtundneunzig) Mann auf die Welle brachte, einschließlicher Kapelle und Fahnenabteilungen. Eine niederschmetternde Pleite. Aber Herr Lüdemann spricht trotzdem das große Wort von den Dreihunderttausend gelassen aus. Er dürfte sich aber in den Finger schneiden, denn ein Klassenbewußter Arbeiter macht das Verfassungs-Theater nicht mit.

Gehekte Frauen . . .

Ein Gegenstück zum Fall Geier

Der Mordprozess Geier hat offenbar, wie Tragödien entstehen: Kleine Streitereien im Hause, später offene Feindschaft, ein hartnäckiger Wirt — langsam häuft sich der Haderstoff an, bis es eines Tages zur furchtbaren Explosion kommt. Es ist eine der Aufgaben der Zeitung, dort, wo ähnliche Zustände herrschen, einzugreifen, die Dinge bloßzulegen, um einen ähnlich furchtbaren Ausgang wie im Fall Geier zu verhindern.

Wir erfahren zu diesem Thema folgendes:

Im Hause Paul-Keller-Weg 27 wohnt außer dem Besitzer, einem Herrn Wulf Gunder, eine junge Frau, deren Mann gegenwärtig im Gefängnis ist. Die Sache liegt drei Jahre juristisch, die Bemühungen des Mannes um Straferlass sind gescheitert. Anstatt daß nun der Hauswirt der Situation, in der sich die betreffende Frau befindet, durch etwas mehr Rücksicht Rechnung trägt, tut er alles, um ihr das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Im ganzen Viertel hat er es schon herumgetragen, daß „der Mann stirbt“, durch seine Kinder schickt er der Frau Bilder in die Wohnung, die Ausschnitte aus dem Gefängnisleben wiedergeben; als die Frau für einige Tage bei ihren Schwiegereltern wohnte, wurde sie von dem Wirt „Herumtreiberin“ und „Squ“ genannt.

Herr Gunder ist strenggläubiger Christ; einen Teil seines Lebens verbringt er in der Kirche. Sein „Christentum“ hindert ihn aber nicht, der jungen, schon halb verwohnten Frau das Leben zur Hölle zu machen, indem er die niedersten Spießbürgerinstinkte gegen sie aufpuscht, wahrscheinlich, um sie aus der Wohnung, für die jeden Monat pünktlich 40 Mark Miete bezahlt werden, herauszubekommen.

Wer garantiert, daß es eines Tages nicht einmal zur Katastrophe kommt? Daß, wenn der Mann aus dem Gefängnis entlassen wird, er nicht mit Herrn Gunder abrechnet? Wir wollen warnen, ehe es vielleicht zu spät ist.

Mittelschlesien

Streikender Kriegervereiner versucht eine Arbeiterfrau zu vergewaltigen!

Der Kriegervereiner Steinberg, der ein fleißiger Kirchenbesucher ist, liegt zwischen zwei und drei Uhr, als er die Frau allein im Hause mußte, über die Treppe und brang in die Stube ein. Als die Frau ihn wieder hinausdrängen wollte, warf er sie auf die Treppe und versuchte, sie zu vergewaltigen. Sie konnte sich aber auf den Händen des Wärtlings befreien und lief auf den Hof. Dort hat sie Steinberg, sie möchte ihn wieder hinauslassen und über den Hoflauf schreien.

Ein Opfer der Schuldliteratur!

In einer Gerichtsverhandlung in Runkelberg wurde der jugendliche Finanzvorführer Alfred Gaa zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dieser hatte eine lange Zeit hindurch mit anonymen Briefen einer großen Anzahl von Runkelberger Bürgern mit dem Tode und Verbrechen gedroht, wenn sie nicht an bestimmten Stellen betragsmäßige Geldbeträge, die sich sogar bis auf 3000 Mark beliefen, hinterlegten. Trotzdem mehr als hundert derartiger Drohbriefe an wohlhabende Bürger gelangten, war es nicht sofort möglich, den Absender zu ermitteln. Ein Schand, den man hinterlegte, wurde sofort mit der Bemerkung, daß Schecks nicht angenommen werden, zurück-

geschickt. Als der Schreiber jetzt vor Gericht stand, war er geständig und erklärte, daß er ein Opfer von Schuldliteratur und bergleichen geworden sei.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jungmännerbund**
Breslau
— Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Sejmabend bei Berger, Eder, Ecke Neuborsstraße. Gäste haben Zutritt. Mitglieder bringen Geld und Brot mit.
- Jung-Sportklub-Bund**
Breslau
— „Wache „Eutin“, Seite 1 und 2. Mittwoch 17 1/2 Uhr; Sejmabend bei Berger, Eder, Ecke Neuborsstraße. Gäste willkommen.
— „Wache „Schottländer“, Seite 1 und 2. Donnerstag 17 1/2 Uhr; Sejmabend bei „Stadt Romschl“, Matthiasstraße 212. Gäste und „Politiker“ willkommen.
- Krieger Frauen- und Mädchenbund**
Breslau
— Heute mittags 12.00 Uhr Funkkonzert-Sitzung bei Gensler, Sahn.
- Sonstige Organisationen.**
Breslau
— Gefängnis der. Mittwoch 19.30 Uhr; Gemeinlicher Vor im „Rathenhaus“, Aufseherstraße 21. Sonntagsliche Genossen und „Politiker“ willkommen.
— „Politische Gemeinde, Grünstraße 14/16. Mittwoch 20 Uhr.
— Dr. Georg Kramer, Thema: „Sollen wir den Klassenkampf einzutreten?“. Gäste willkommen.

Waldenburger Bergland

APD. Gottesberg hilft den Textilarbeiterinnen!

Wir veröffentlichen eine Zuschrift aus Gottesberg, die die Tätigkeit der Kommunisten und APD-Gesellschaften zur Unterstützung der ausgesperrten Textilarbeiterinnen schildert.

Unter Führung der Kommunistischen Partei und des APD, Ortsgruppe Gottesberg, nahmen die Textilarbeiterinnen in zwei Versammlungen Stellung zu ihrem Kampf und zu ihrer Lage. Zum Schluß wurde in Gottesberg folgende Entschliessung angenommen:

„Die heute, am 12. Juni, stattfindende Textilarbeiterinnenversammlung Gottesberg nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Hungerstreik, den der Sozialdemokrat Philipp Knie. Sie lehnt den Streik ab und fordert die Textilarbeiterinnen auf, den Kampf energischer um die anfänglich gestellten Forderungen weiterzuführen. Zu diesem Zweck sind alle Notmaßnahmen sofort einzusetzen.“

Die Sozialdemokratie in Gottesberg hat für die Textilarbeiterinnen nicht das Geringste übrig. Sie trat gegen den kommunistischen Antrag im Stadiparlament auf, der Unterstützung für die Aussperrten forderte. Sie wird auch in Zukunft ihre Haltung nicht ändern.

Gelegenheit zur Blokkierung ihrer arbeiterfeindlichen Politik im Stadt- und Gemeindeparkament hat die Sozialdemokratie durch die von der APD. und den Textilarbeiterinnen gestellten Anträge genödig erhalten.

Die Ortsgruppe der APD. stellte den Textilarbeiterinnen 300 allgemein gehaltene Anträge um Bewilligung einer Unterstützung aus Wohlfahrtsmitteln an den Magistrat oder Gemeindevorstand zur Verfügung. Diese Unterstützungsanträge sind fast restlos verbraucht, auch sie werden dazu beitragen, zu erkennen, daß wohl für alles andere Geld da ist, bloß nicht dann, wenn hungernde Textil- oder Bergarbeiter etwas fordern.

Die Ortsgruppe Gottesberg, der APD. nahm auch eine Sammlung bei der Geschäftswelt vor. Diese hatte folgendes Ergebnis:

Das Ergebnis der Geldspenden auf Sammelkarten betrug 126,90 Mark. Für dieses Geld wurden laut Beschluß der Textilarbeiterinnen folgende Waren gekauft:

20 Brote von Herrn Hampel	10,— M
20 Brote von Herrn Kasper	9,60 M
20 Brote von Herrn Schroll	10,— M
20 Brote von Herrn Pasler	10,— M
20 Brote von Herrn Krumschmidt	10,— M
20 Brote von Herrn Hüllebrandt	10,— M
20 Brote von der Knappschäftsbäckerei	10,— M
20 Brote von Herrn Scharm	10,— M
50 Pfund Zucker von Herrn Anders	15,— M
50 Pfund Zucker von Herrn Elter	15,— M
204 Stück Seife von Herrn Thamm	16,32 M

Summa 126,92 M
Auslagen 0,98 M

Insgesamt 126,90 M

An Waren gingen ein: 54 Stück Brote, 6 1/2 Pfund Zucker, 5 Pfund Reis, 1/2 Pfund Kaffee, 110 Pfund Kartoffeln, 1 Pfund Margarine, 4 Pack Zichorie, 2 Pfund Malzlake, 4 Stck Seife, 2 Stück Toiletseife, 1 Pfund Pfefferkörner, 1 Pfund Paparbarber, 2 Stück Kinderhemden, 2 Paar Strümpfe, 1 Paar Turnschuhe, 2 Emailtöpfe, 4 Stück Würste, 5 Pfund Knoblauchwurzel.

Die Warenspenden sowie die gekauften Waren sind nach Möglichkeit gleichmäßig unter 288 Textilarbeiterinnen verteilt worden. Die Verteilung fand am Freitag, dem 21. Juni, 17 Uhr, im „Schönenhaus“ statt.

Interessenten, die sich von der Mächtigkeit der öffentlichen Duldung überzeugen wollen, melden sich bei Julius Müller, Gottesberg, Mittelstraße 81.

Über die Sammlung hinaus beschloßen die Geschäftsleute, noch freierwillig an die ausgesperrten Kunden Lebensmittel zu verteilen. In Listen haben sich eingetragen lassen 260 Textilarbeiterinnen, davon waren 24 organisiert. Unter den 260 befanden sich 48 verheiratete Frauen.

Dah sich einige Geschäftsleute weigerten, auf die von der APD. herausgegebenen Sammelkarten zu zeichnen, wundert uns nicht; daß sich auch der Konsum ausschloß, trug bestimmt dazu bei, die Mitleidenschaft über die Rolle der SPD. aufzuklären. Von der Verteilung wurden nur wenige, und zwar Frauen, die erwerbstätige Männer zu Hause haben, ausgeschlossen.

Bei der Aussperrung der Textilarbeiterinnen merkten diese, daß überhaupt keine andere Partei existiert als die kommunistische Partei, die sich ihrer Interessen energisch angenommen hat und es auch in Zukunft tun wird.

Wer hat zu bestimmen?

Ein Arbeiter aus Charlottenbrunn schreibt uns: Im Frühjahr dieses Jahres lagte der Baderlehrling Wlad Kneifel aus Charlottenbrunn über Magenbeschwerden. Nach längerer Behandlung durch einen Charlottenbrunner Arzt, beantragte der Arzt, daß der Lehrling in das Knappschäftslazarett zur Operation kommen sollte. Die Badermeister von Stadt und Kreis Waldenburg haben nun eine eigene Innungs-Krankenliste. Diese sollte die Überführung nach dem Knappschäftslazarett ab und ordnete an, daß der Lehrling ins Kreis-Krankenhaus kommt. Nach siebenwöchentlicher Behandlung im Kreis-Krankenhaus verlangen die Ärzte, daß der Lehrling nach Breslau in eine Klinik zur Operation geschickt werden muß. Auch hierzu gibt die Innungs-Krankenliste nicht die Genehmigung, weil der Vorstand nicht vollständig vertreten ist. Nach Angabe des Herrn Obermeisters sind etliche Herren verreist, und er allein könne die Genehmigung nicht erteilen. Wir fragen hier öffentlich an, wer hat über die Behandlung eines kranken Menschen zu bestimmen: Die Ärzte oder die Krankenkassen-Vorstände?

Regierung gegen Kreistagsbeschlüß

In der letzten Sitzung des Waldenburger Kreistages wurde bekanntlich u. a. beschlossen, bestimmte Summen an die SPD. und APD. zu geben. Gegen diesen Beschluß hat die Zentrumsfraktion des Landtages heftigen Einspruch erhoben mit dem Erfolg, daß die Regierung jetzt den Beschluß des Kreistages aufgehoben hat. Dieser Beschluß gibt der „Schlesischen Volkszeitung“ Veranlassung, folgende bezeichnende Bemerkung an die Adresse der SPD. zu richten: „Wir gönnen den sozialistischen Machthabern diese Niederlage, die ihnen hoffentlich klar macht, daß man auch dort, wo man die Mehrheit hat, nicht machen kann, was man will.“

Eine gewalttätige Ehefrau. In der Nacht zum Montag kehrte ein Mann in Waldenburg wohnender Mann spät heim. Er geriet mit seiner Ehefrau in einen heftigen Streit, wobei er von dieser einen schweren Schlag auf den Kopf erhielt. Schutzpolizei befreite den Mann aus den gewalttätigen Händen der Frau.

Zum Textilarbeiterkampf!

Fischgetau

Ballade von den Spulmaschinen

Der Weber Emil Ginkel hat im Internationalen Arbeiter-Vorlag, Berlin, einen Gedichtband (80 Seiten, 1 Mk.) herausgegeben, dem wir folgendes Gedicht entnehmen. „Fischgetau“ ist ein dem Geräusch des Bandstuhls nachgeahmtes Wort.

Fischgetau, Fischgetau,
Fliegt das Schiffchen her und hin.
Fischgetau, Fischgetau,
Denk' an die Kinder, denk' an die Frau,
Denn ist die Fabrik nicht mehr würgend grau.

Schuh an Schuh,
Wird die Kette zum Band.
Schuh an Schuh,
Denke nur immer: „Ich muß!“
Beiß' in die harte Nuß.

Fabrik muß sein,
Die Kinder brauchen Brot.
Fabrik muß sein,
So wird ein Lohn auch dein,
Das and're schließt der Herr in seinen Schrein.

Der Bandstuhl höhnt,
Es spotten Spulmaschinen:
„Du graues Tier,
Vom Frühling abgeschieden,
Am Freitag wirst du ja entlohnt,
So daß du atmen wirst: „Sie heben gelüchelt
Tieden.“

Fischgetau, Fischgetau,
Halt dich dran, das Brot ist klein.
Fischgetau, Fischgetau,
Größer müßt' es sein.

Graues Tier, denk' nicht so viel:
Teuer ist des Herrn Mobil,
Teuer sein Leben am Strand,
Teuer sein Spiel; —
Kostbar und viel,
Was seine Dino verlangt.
Woh' darum Band
Und schau nicht auf.
Fischgetau, Fischgetau,
Schaff' für des Herren Bauch.

Graues Tier in grauer Fabrik,
Gesenk' die Schulter, getrübt der Blick:
Denk' an die Kinder, denk' an die Frau:
Fischgetau, Fischgetau.

Fischgetau, Fischgetau!
Stürmen will ich diesen Bau!
Scheiben sollen klirren!
Daß du sehen lernen kannst
Und erblickst den trägen Wasat,
Der dich um deine Arbeit betrügt,
Der dich beschwindelt, der dich belügt,
Der die Fabrik gegen dich in Marsch gesetzt,
der dich treibt,
Dich foltert, dich schlägt und hetzt:
Wach auf, Prolet, der Morgen tagt!
Der Herr hat dich genug geplagt!
Für deine Kinder, für deine Frau
Ball' hoch die Faust und —
Fischgetau!

Niederschlesien

Görlitz

Antifaschisten-Kundgebung

am Freitag, dem 28. Juni 1929

Antreten: 19 Uhr am Nikolaistadigraben
Ansprache: 20,30 Uhr am Untermarkt

Liegnitz

Aus der Stadtvorordnetenversammlung

Die heutige Stadtvorordnetenversammlung hatte eine Reihe wichtiger Beschlüsse zu fassen. Eines der ernstesten kommunalen Probleme ist gegenwärtig die Unterbringung der Ermittlerten. In Liegnitz ist wöchentlich etwa eine Ermittlung zu verzeichnen. Nach langen Debatten wurden 183 000 Mark zur Erbauung eines für die Unterbringung von Ermittlerten und anderen Wohnunglosen bestimmten zweistöckigen Häuserblocks für 80 Familien bewilligt. Kinderreichen Familien sollen zwei Räume zur Verfügung gestellt werden. Eine lebhafteste Aussprache rief auch die Frage der Bruchregulierung hervor. Es wurden 25 000 Mark an die Schwanenwälder-Entwässerungs-Gesellschaft zur weiteren Durchführung der Bruchregulierung vorzuschlagen. Das gesamte Projekt ist mit 375 000 Mark veranschlagt. Am Stadtrat ist gegenwärtig ein Poltschab im Werden begriffen, für das weitere 27 000 Mark bewilligt wurden, so daß die Gesamtkosten 270 000 Mark betragen. Schließlich wurde noch der Bau eines Achtfamilienwohnhauses für 90 000 Mark beschlossen. Mitgeteilt wurde, daß der Magistrat der Festsetzung der Steuernschläge durch die Stadtvorordnetenversammlung zugestimmt hat.

Betriebsrat in der „Merkur“ an der Arbeit!

A. R. Vor einigen Tagen erlaubte sich der Richter Finkler, der gleichzeitig Betriebsrat ist, sehr eingehend danach, wer wohl der Berichterstatter sei, der der „Arbeiter-Zeitung“ immer die Berichte aus der „Merkur“ liefert. Doch ist ihm der betreffende Kollege die Antwort schuldig geblieben, das heißt, er konnte ihm die gewünschte Auskunft nicht erteilen. Da seine Bemühungen bis jetzt zwecklos waren, wollen wir ihm in Zukunft weitere Arbeit ersparen, und ihm an dieser Stelle die gewünschte Auskunft erteilen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat nicht nur einen Berichterstatter in der „Merkur“, sondern mehrere, die Namen derselben sind: Richter Finkler, Frau Erdmann, Bödel, Wolfsohn und Jung. Die „Kollegen“ Bödel und Jung sind als brave Kommunisten bekannt. Bei der alten großen Jugend des Bödel und der geringeren Lebenserfahrung der genannten anderen, darf man ihre politische, nationale und wirtschaftliche Haltung nicht außer Acht lassen. Die Ideen

genannten liefern durch ihre Tätigkeit, bzw. durch ihr Ausruhen auf den Vorbeeren der Funktion eines Betriebsrates, zur Genüge der „Arbeiter-Zeitung“ Material. Mit solchen „Arbeitervertretern“ arbeiten natürlich die Herren von der Direktion gar zu gern, denn die werden ihnen nicht gefährlich. Der Obergerichtliche Schumann braucht solche Betriebsräte, denn mit deren Hilfe kann er die Burgfriedenspolitik der SPD. (lies: Banzerkreuzer, Wehrprogramm und Hungerstreik) bei den schlechtesten Textilarbeitern) ungehindert durchführen. „Kollegen, der Sozialismus kommt!“ Für Schumann ist er längst gekommen, und die Obgenannten werden auch bald die soziale Frage als gelöst für sich in Anspruch nehmen können. In den nächsten Tagen werden wir wieder einen Artikel von den Genannten veröffentlichen! Kollegen, lest die „Arbeiter-Zeitung“, sie öffnet euch die Augen und zeigt euch die Zustände, die in unserer „freiesten“ Republik herrschen. In den nächsten Tagen erscheinen weitere Berichte aus der „Merkur“!

12 000 Kirschenbäume zerstört. Bei der anberaumten Verpachtung der Kirschenbaufläche des Kreises teilte der Kreisbaumeister mit, daß infolge des strengen Winters im Kreise Liegnitz 12 000 Kirschenbäume eingegangen sind. Der Gesamtverlust des Kreises beträgt etwa 200 000 Mark, und in den nächsten 15 Jahren ist mit einem jährlichen Dauerverlust von etwa 10 000 Mark zu rechnen. Auf der Verpachtung selbst fehlten diesmal die Berliner und Dresdener Pächter gänzlich. Während der vorjährige Pachtvertrag 17 000 Mark betrug, konnten diesmal nur 250 Mark an Pächten eingenommen werden. Auch die Äpfel haben großen Schaden erlitten, so daß bei der Kernobstverpachtung für den Kreis neue unangenehme Uebertragungen entstehen werden. Wie man aus den verschiedensten Kreisen Schlesiens hört, sind Pachtverträge überall zu beklagen.

Glogau

Die Faschisten können sich alles erlauben. Eine Anweisung verurteilte die faschistischen Verbände am Sonnabend. Nachts um 2 1/2 Uhr zogen sie mit Musik durch die Stadt. Die Schupo begleitete diese Ruhestörer. Ja, wenn das „rote Frontkämpfer“ gewesen wären, dann hätte die Schupo bestimmt vom Samstagsmüßel Gebrauch gemacht. Wo bleibt hier die Polizeistunde?

Verbrennung der roten Hilfe. Am Freitag fand eine öffentliche Verbrennung der „Roten Hilfe“ im „Grünen Baum“ statt. Trotz der schlechten Witterung war sie gut besucht, da jeder sich die Finger über Jörgiebel's Blutmai anzusehen wollte. Genosse Paul Knebel war als Einleitung, wie die Demonstration am 1. Mai in Berlin vor sich ging, und führte dann die Lichtbilder auf. Er war es, der die Verurteilten, als ihnen gezeigt wurde, wie brutal die Jörgiebel-Polizei gegen wehrlose Arbeiter vorging. Zum Schluß ging Genosse Knebel auf die Bedeutung der „Roten Hilfe“ ein. Es wurden für die Kinderheime über sieben Mark gesammelt. Mit dem Beginn der „Internationale“ wurde die Verbrennung geschlossen.

Aus dem Riesengebirge

Das Urteil im Flachschmuggelprozeß

Nach vier tägiger Verhandlung wurde am Dienstagmorgen das Urteil in dem Hirschberger Flachschmuggelprozeß verkündet. Im einzelnen erhielten wegen verbotener Einfuhr: Kassatijn wegen sieben Fällen 89 472 Mark Geldstrafe oder sechs Monate Gefängnis und 40 570 Mark Wertersatz; Chantow wegen neun Fällen 117 536 Mark Geldstrafe bzw. sechs Monate Gefängnis und 54 512 Mark Wertersatz; Birkin wegen einem Fall 14 009 Mark Geldstrafe oder einen Monat Gefängnis und 7004 Mark Wertersatz; Kravitsky (Berlin) wegen vier Fällen 57 649 Mark oder zwei Monate Gefängnis und 24 658 Mark Wertersatz; der Agent Friedmann (Breslau) wegen neun Fällen 104 035 Mark Geldstrafe oder sechs Monate Gefängnis und 47 851 Mark Wertersatz. John Machover wurde als einziger freigesprochen. Der beschlagnahmte Flachsch wird eingezogen. Die Firma Kassatijn haftet für ihre Angestellten und Vertreter. Die Beurteilten wollen gegen das Urteil Berufung einlegen.

Arbeitssport

Arbeiter-Ab- u. Kraftfahrerverein. Mittwoch Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus. Donnerstag Ortsgruppenauschuss-Sitzung bei Böhm, Jahnstraße. — 2. Abteilung: Freitag öffentliche Werbeversammlung bei Klante, Hochstraße 7. Gauportleiter Genosse R. Brühl referiert. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Zirlau. Stern I — Sturm I Stanomij 1:2 (0:1). Die glücklichere von zwei gleichwertigen Mannschaften hat gewonnen. Von Anfang bis Ende wurde flott und fair gespielt. — Am Sonntag spielt Stern I das fällige Retourspiel gegen Liebau I in Liebau.

Schönes Haar
in 3 Minuten!

Ohne Vorbereitung,
ohne Wasser
schnell, duftig, locker
keres Haar durch:

Schwarzkopf
Trocken-Schaumpon
die bewährte Trocken-Haarwäsche



Korruptionsjumpf im Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

Enthüllungen eines langjährigen besoldeten Hauptvorstandsmitgliedes — Ein erschütterndes Dokument — Systematische Veruntreuungen durch DTV.-Führer

Macht Schluß mit dieser korrum- pierten Gewerkschaftsbürokratie!

Der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat die Verbindlichkeitsklärung des für die schließlichen Textilarbeiter gefällten Schiedspruches beantragt. Morgen finden die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin statt. Die schließlichen Textilarbeiter sollen mit 2,8 Pf. Lohnerhöhung abgespeist werden. 80 und 81 Pf. wird der Spitzenlohn eines Webers, schon nach der „Lohnerhöhung“, betragen.

Die Beantragung der Verbindlichkeitsklärung ist in der Tat eine der „Glanzleistungen“ des Hauptvorstandes des DTV. Derselbe Hauptvorstand hat vor einigen Monaten fertiggebracht, einen schließlichen Lohnsatz mit der Norddeutschen Webkammer und Kammgarnspinnerei A.G. abzuschließen. Die in den Betrieben dieses Konzerns beschäftigten 25 000 Arbeiter sollen nach einem ausgelagerten Lohnsystem arbeiten, das nur im schließlichen Italien und in den schließlichen amerikanischen Betrieben praktiziert wird. Dieses neue Lohnsystem wurde von den Sozialfaschisten im Deutschen Textilarbeiterverband als „neuer Gedanke, der noch eine große Zukunft in Deutschland hat“, gepriesen.

Wer sind sie, diese Herren, die die Freiheit besitzen, im Namen von 300 000 organisierten Textilarbeitern zu sprechen und den Textilarbeiterverband, der so manche schöne Kämpfe gegen das Kapital vor dem Kriege durchgeführt hat, auf den Weg des Wirtschaftstriebs und Faschismus zu führen? Eine günstige Gelegenheit gibt uns die Möglichkeit, vor der großen Arbeiteröffentlichkeit das Treiben dieser Herren zu entlarven.

Abdruck für den Vorstand.

Der Hauptvorstand, den 27. Sept. 1926

Sinnlich

dem Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Textilarbeiterverbandes
i. S. der Vorsitzenden Herrn Christian Schrader

Werte Kollegen!

Ich bin leider gezwungen, mich gemäß § 35 Ziffer 9 des Statuts in folgender Angelegenheit beschwerdeführend an den Verbandsauschuh zu wenden:

Mir bringen ein erschütterndes Dokument, das die Empörung jedes Arbeiters hervorrufen muß. Das Dokument gibt Aufschluß über das Willen innerhalb der Hauptvorstände der deutschen Gewerkschaften. Er bestätigt die völlige Verlogenheit der reformistischen Gewerkschaftsführer. Dieselben Herren, die die Interessen der Mitgliedschaft schon lange vergessen und nur noch ihre persönlichen Interessen im Auge haben, erlauben sich, ehrliche revolutionäre Arbeiter aus dem Verband herauszuwerfen!

Jeder ehrliche Arbeiter muß den Kampf der Gewerkschaftsopposition gegen die Verbandsbürokratie unterstützen. Der Kampf gegen die Verbandsbürokratie in den deutschen Gewerkschaften ist zu gleicher Zeit der Kampf für die Reinheit der Arbeiterorganisationen.

Fritz Schulz war bis 1926 besoldetes Mitglied des Hauptvorstandes des DTV. und Leiter der Betriebsräteabteilung. Der Klientenkampf innerhalb des Hauptvorstandes, in dem Schulz unterlegen war, brachte es zu Schulzes Entlassung aus dem Hauptvorstand und Ausschluß aus dem Verbandsauschuh. Schulz, der die Dinge im Hauptvorstand aus nächster Nähe kennt, schrieb eine Anklageschrift an die drei Vorsitzenden des Deutschen Textilarbeiterverbandes und eine Beschwerdebüchse an den Verbandsauschuh. Wir haben die Möglichkeit, die letztere unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Hier ist sie:

Berlin-Kaulsdorf, den 27. September 1926.
Einschreiben.

An den
Verbandsauschuh des Deutschen Textilarbeiterverbandes
i. S. des Vorsitzenden Herrn Christian Schrader,
Hannover.

Werte Kollegen!

Ich bin leider gezwungen, mich gemäß § 35 Ziffer 9 des Statuts in folgender Angelegenheit beschwerdeführend an den Verbandsauschuh zu wenden:

In einem Brief vom 23. d. M. unterzeichnet Karl Hübsch, wird mir mitgeteilt, daß ich am 22. September durch Beschluß des Gesamtvorstandes auf Grund des § 35a des Statuts aus dem Verband ausgeschlossen sei.

Gegen diesen Beschluß erhebe ich hiermit Einspruch. Zur Begründung meines Einspruches habe ich zu bemerken: Der Beschluß des Gesamtvorstandes, der mir mittels Schreiben vom 23. September ohne nähere Begründung und ohne daß ich vorher gehört worden wäre, mitgeteilt worden ist, ist ungültig, weil an der Beschlußfassung Personen — n. a. die Vorstandsmitglieder Dressel, Feinhals, Reichelt, Reilmuth und Jehms — mitgewirkt haben, denen ich in zwei am 24. September an den Vorstand gerichteten Schreiben in einwandfreier, völlig schlüssiger und lückenloser Beweisführung der fortgesetzten Veruntreuung von Verbandsmitteln überführt habe. . . .

Um meiner Beschwerde an den Verbandsauschuh den nötigen Nachdruck zu verleihen, halte ich es für notwendig, daß in der oben erwähnten Anklageschrift enthaltene Material noch in einigen Punkten zu ergänzen. . . . Sie beziehen sich auf folgende Fälle und Personen:

Dressel

besoldetes Mitglied des Hauptvorstandes
und Redakteur des Verbandsorgans
„Der Textilarbeiter“

Nachdem der Kauf des von Feinhals mit wissentlich falscher Begründung empfohlenen Autos vom Verband beschlossen war, sagte Dressel zu mir:

„Du hast also auch für das Auto gestimmt, weil dich Feinhals reingelegt hat, wie die anderen auch. Feinhals war auch wiederholt bei mir, und hat versucht, mich gleichfalls für den Autokauf zu gewinnen. Ich habe aber stets abgelehnt. Ich habe mich nicht reinlegen lassen. Zu was brauchen wir denn ein Auto? Wir haben von hier aus überallhin die besten Verbindungen. Das Auto ist also ganz überflüssig. Zu Repräsentationszwecken, wie Feinhals gesagt hat, das ist Quatsch. Man kann dem Gegner nur imponieren, wenn man was weiß. Nur wer über genügendes Wissen verfügt, wer nicht mit hohlem Kopf in die Sitzungen und zu den Verhandlungen geht, kann den Verband würdig repräsentieren. Das ist meine Meinung. Uebrigens hat Feinhals in seinen den Autokauf begründenden Ausführungen den Vorstand belogen,

das nicht zu erkennen, mich ich daran erinnern, daß Feinhals von und nach Plauen in seiner rechten Handfläche das Mittelfinger der NSD, trug und in der Linken das des KPD. Er war heillos, als nach dem Zusammenbruch der letzten sozialistischen Parteien die Affäre festgeschrieben werden konnte.

Ein anderer Fall: Kurz vor seinem Umzug nach Kaulsdorf wollte Feinhals eine eigene Badeeinrichtung für 6 Millionen Mark kaufen. Das flüssige Geld versuchte er sich durch ein schmutziges Schiebergeschäft zu beschaffen. Das von Feinhals verführte Schmiergeschäft sah so aus: Der Kassierer Jehms ließ ihm ein Wertpapier aus Mitteln der Kasse zum vollen Tageskurs ablaufen, ohne Abzug der üblichen Bankspesen und sonstigen Unkosten. Als ich von diesem Schmiergeschäft, das der Kasse des Verbandes gemacht werden sollte, erfuhr, erbot ich bei Hübsch und Jehms Einspruch und erreichte, daß das Unternehmen Feinhals' abgelehnt wurde. Watenstein, selbst und schimpfend, ließ Feinhals dann zu Jehms und ließ sich zum Verkauf der Badeeinrichtung einen langfristigen Vorschuh von 6 Millionen Mark geben. Den Vorschuh hat Feinhals selbst in völlig entwerteter Papiermark zurückgegeben. Er ließ brüskete sich wiederholt damit, daß ihm die Badeeinrichtung (Friedenswert vielleicht 200 bis 300 Mark) gar nichts gekostet habe, die habe ihm tatsächlich der Verband gekauft. Gegen dieses unaufrichtige Schiebergeschäft habe ich jederzeit immer wieder geblich sowohl bei Hübsch als bei Jehms protestiert. Ich hatte verlangt, nur werbeständige Vorschüsse zu geben. Als ich Feinhals einst gelegentlich einer seiner häufigen Nachereien od dieses ihm so glänzend gelungenen Geschäftes vorhielt, daß sein Verhalten im höchsten Grade unmoralisch und verbandschädlich sei, erklärte er mir zynisch: „Was geht das mich an, wenn der Kassierer so bodenlos dumm ist. Andere machen es übiger auch so!“

(Der Beschwerdeführer bringt sehr viel Einzelheiten über diesen „Feldzug“. Wir werden sie noch besonders berichten. Jetzt beschränken wir uns auf folgende Feststellungen des Beschwerdeführers in seinem Schreiben an die drei Vorsitzenden des Textilarbeiterverbandes:

„Wenn ich mich oftmals seinen allzu phantastischen Bauplänen mit dem Hinweis auf die Mitglieder und die Notwendigkeit widersetzte, Mittel für kommende Kämpfe bereitzustellen, antwortete er mir mit offenem Zynismus: „Ach was, die Mitglieder gehen uns gar nichts an. Wenn sie jetzt streiken wollen, wo wir das Geld zum Bauen und zur Ausstattung der neuen Büroräume brauchen, bin ich doch da, das zu verhindern. . .“ (Die Red.)

Reichelt

Sekretär des Textilarbeiterverbandes

Reichelt hat durch die Benutzung des Verbandsautos zu Vergnügungsfahrten nicht nur Verbandsgelder veruntreut, er hat auch auf einer dieser Fahrten das Auto im Trossen Park beschädigt, ohne daß es ihm eingefallen wäre, den Schaden auf eigene Kosten reparieren zu lassen. Bei Reichelt fällt es schwer ins Gewicht, daß er bei Vergehen anderer stets den Moralsex herauskehrt und jeden Angeklagten wegen des kleinsten Vergehens in die Wüste gejagt hat.

Reilmuth: (Siehe Anklageschrift).

Jehms hätte als Kassierer die von Feinhals verlangten Mittel zum Ankauf einer Badeeinrichtung verweigern oder mindestens dafür sorgen müssen, daß der Vorschuh, wie ich es verlangt habe, werbeständig gegeben würde. Seine Mitwirkung an der Veruntreuung der Verbandsgelder, die ihm zu treuen Händen übergeben sind, beweist, daß er nicht vertrauenswürdig ist, weil er die sinnlose Verschwendung der Mitgliedsbeiträge nicht nur geduldet sondern sogar mitgemacht hat.

Hödel

Besoldetes Mitglied des Hauptvorstandes,
Leiter der Wirtschaftsabteilung

Gegen Hödel ist vor Jahren von Textilunternehmern des Vogtlandes wiederholt der schwere Vorwurf erhoben, er habe sich aus einem bestimmten Anlaß von einer Schweizer Textilfirma mit Schweizer Franken beschicken lassen. Der erste Vorwurf wurde in einer Sitzung erhoben, die im schließlichen Reichsarbeitsministerium stattfand und an der als Vertreter der Gewerkschaft Dresden Badstübner teilgenommen hat. In dieser Sitzung handelte es sich um die Frage, ob der Antrag einer Schweizer Firma, in der Nähe von Frey einen großen Stidreibetrieb einzurichten, seitens der schließlichen Regierung befürwortet werden könne. Hödel hatte sich in seiner Eigenschaft als Reichsbepollmächtigter in Wort und Schrift sehr energisch für die Zulassung ausgesprochen. Ueber die erwähnte Sitzung, in der meines Wissens Hödel (der selbst nicht anwesend war) Bestechlichkeit vorgeworfen worden ist, hat Badstübner eingehend berichtet, außerdem muß auch das Sitzungsprotokoll noch da sein. (Beides befindet sich wahrscheinlich bei den Akten.)

... Darum muß auch ein Beschluß, an dem Personen mitgewirkt haben, die schwerer Vergehen überführt und verurteilt sind, aufgehoben und das dadurch begangene Unrecht wieder gutgemacht werden. Das erwarte ich vom Verbandsauschuh. . . .

Mit voll. Gruß

Fritz Schulz

Berlin-Kaulsdorf, Friedrichstr. 111.

Mir hat er gesagt, daß er den Vorstand zum Kauf eines Autos nur veranlassen will, damit er selbst und wer sonst noch von den Vorstandsmitgliedern Lust dazu hat, das Auto zu Vergnügungsfahrten benutzen zu können. Weil ich das wußte, und den ganzen Feinhals'schen Schwindel kannte, habe ich gegen das Auto gestimmt. Aber ich werde jetzt aufpassen — sobald die erste Vergnügungsfahrt mit dem Auto gemacht ist, dann verlange ich, daß mir das Auto zu einer Fahrt an den Scharmühselzer zur Verfügung gestellt wird. Wehe, wenn man mir mein Verlangen ablehnt — dann schlage ich unerbittlichen Raub!“

Da mir die geheimen Absichten Feinhals' unbekannt waren, ich vielmehr an den überzeugend vorgetragene Repräsentationszweck geglaubt hatte, und nunmehr eines besseren belehrt worden war, beantragte ich in einer der nächsten Vorstandssitzungen, das Besondereauto sofort wieder zu verkaufen. Dieser Antrag wurde trotz meiner sehr deutlichen Begründung von Hübsch nicht zugelassen und eine Abstimmung darüber mit der Erklärung abgelehnt: „Das sei Wortschmückerei! Der Kauf des Autos sei auch gegen seinen Willen beschlossen worden und dabei müsse es nun bleiben.“ Dieses eigenartige Verhalten von Hübsch hat denn auch verhindert, daß mein Antrag protokolliert wurde.

Ueber Dressel als Mensch und als „Redakteur“ wäre noch manches zu sagen, doch würde das den engebegrenzten Raum einer Beschwerdebüchse überschreiten. Inmehrin zeigt dieser kurze Auszug aus meinem Material, daß Dressel vollständig demoralisiert ist.“

(In einem weiteren Schreiben an den Verbandsauschuh und in einem Schreiben an die drei Vorsitzenden des Deutschen Textilarbeiterverbandes ergänzt der Beschwerdeführer die Charakteristik Dressels. Er schreibt unter anderem:

„Als Dressel seiner Frau wegelaufen war, hat diese ihren Mann im Büro beschuldigt, als Gauleiter, vielleicht auch schon als Geschäftsführer, wiederholt Verbandsgelder unterschlagen zu haben. Ich erwarte die Untersuchung des Falles Dressel!“

„Ueber etwas anderes bringt Dressel fertig: nämlich Artikel eines Syndikus der bayerischen Industriellen gegen Bezahlung aufzunehmen, der als Oberinspektoren der Textilarbeiterverband aufs heftigste bekämpft. Alle Eingeweihten haben über soviel Dummheit und Urteilsunfähigkeit des Textilarbeiterredakteurs die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen. Na ja, was will man denn: Dressel braucht eben, um selbst nicht arbeiten zu müssen, Mitarbeiter. Und weil dem so ist, nimmt er die Mitarbeiter, wo er sie findet, und sei es selbst im Unternehmerröcher. . . . Die Red.)

Feinhals

Der „Streikstrategie“ des Textilarbeiterverbandes

Um die moralische Qualifikation eines Feinhals, den ich als den Meppisto des Verbandes wohl am treffendsten bezeichne,

